ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ritzi, Claudia; Wagner, Aiko

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter „critical citizens“ im Vergleich

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Ritzi, Claudia; Wagner, Aiko (2018) : Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter „critical citizens“ im Vergleich, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer, Berlin, Vol. 59, Iss. 3, pp. 549-576, https://doi.org/10.1007/s11615-018-0105-9

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/209725

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Der Beitrag ist ursprünglich am 13.08.2018 in der
Politische Vierteljahresschrift 59 (2018), H. 3 S. 549–576
erschienen: https://doi.org/10.1007/s11615-018-0105-9.

Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter „critical citizens“ im Vergleich

Claudia Ritzi & Aiko Wagner

C. Ritzi - Münster, Deutschland - ritzi@uni-trier.de

A. Wagner - Berlin, Deutschland - aiko.wagner@wzb.eu

Zusammenfassung

Kritische Bürger greifen überdurchschnittlich häufig auf unkonventionelle Beteiligungsformen zurück, um ihrer Unzufriedenheit mit der Politik Ausdruck zu verleihen. Aus diesem Grund werden sie in der aktuellen Forschung als wichtige Ressource der Demokratie verstanden. Gleichzeitig steigt in Deutschland der Anteil Älterer unter den Teilnehmern verschiedener Formen politischen Protests. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, ob jüngere Bürger seltener als „critical citizens“ bezeichnet werden können – und ob die jüngeren „unzufriedenen Demokraten“ sich anders politisch verhalten als die älteren. Hierzu wird eine innovative Konzeption des „Kritischen Bürgers“ entwickelt, welche die klassischen Konzepte um die Dimensionen der „internal efficacy“ und „external efficacy“ erweitert. Anhand von Daten aus der „German Longitudinal Election Study“ wird nachgewiesen, dass viele junge Bürger kritische und engagierte Demokraten sind, sie jedoch unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung „offline“ häufiger durch Angebote im Internet ersetzen.

Schlüsselwörter

Kritische Bürger, Critical citizens, Unkonventionelle politische Beteiligung, Online-Partizipation, Demokratische Qualität

New Ways of Being Critical. The Political Participation of "critical citizens" at Different Ages

Abstract

Critical citizens nowadays are regarded as an important resource of democracy because they express their discontent with politics in unconventional participation above average. At the same time, the proportion of older people participating in different forms of political protest is growing in Germany. Against this background, this paper analyses whether younger citizens can be characterised as "critical citizens" to a lower degree and whether younger discontented democrats are behaving differently. We develop an innovative conception and operationalization of the "critical citizen" extending classical concepts by the dimensions of internal and external efficacy. Using data of the "German Longitudinal Election Study", we show that many young citizens are critical and engaged democrats, however instead of choosing "offline" forms of unconventional participation, they often get involved in activities on the internet.

Keywords Critical citizens, Unconventional political participation, Online participation, Democratic quality

1 Kritische Bürger heute

In ihren Analysen der World Value Survey-Daten stellen Dalton und Welzel (2014) eine Zunahme der Partizipationswilligkeit und des politischen Selbstbewusstseins fest, einen weltweiten Wandel von loyalen zu kritischen Bürgern[1]– was erwartungsgemäß mit einem Bedeutungsgewinn unkonventioneller Beteiligungsformen einhergehen sollte (vgl. Barnes und Kaase 1979; Klingemann 1999). Gleichzeitig scheinen sich in Deutschland und anderen westlichen Demokratien mittlerweile vor allem ältere Bürger unkonventionell zu beteiligen, während die jüngeren Bevölkerungsteile signifikant politisch passiver bleiben (vgl. Foa und Mounk 2016). Die in Folge der 68er-Bewegung entstandenen links-alternativen Milieus, so konstatiert beispielsweise Wolfgang Kraushaar (2011), gingen bis heute auf die Straße und erinnerten dabei „an eine Wanderdüne, die sich in den letzten Jahrzehnten durch die Protestszenarien hindurch verschoben hat und inzwischen das Rentenalter ansteuert" (Kraushaar 2011, S. 17). Auch der vom Spiegel-Autor Dirk Kurbjuweit (2010) beschriebene „Wutbürger", der unter anderem die Demonstrationen gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 anführte, ist „wohlhabend und nicht mehr jung" (vgl. auch Rucht et al. 2010; Göttinger Institut für Demokratieforschung 2015). Junge wütende Bürger scheinen nur selten in Erscheinung zu treten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich die politische Handlungsbereitschaft der jungen „critical citizens" im Vergleich zu älteren kritischen Bürgern gewandelt hat – oder ob Dalton und Welzel mit ihrer Prognose zur Entwicklung kri-

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird hier und im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten aber – wenn nicht anders beschrieben – selbstverständlich für alle Geschlechter.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 550

tischer Einstellungsmuster in der Bevölkerung falsch lagen. Oder anders formuliert: Sehen wir in Deutschland einem Mangel an politischer Beteiligung durch kritische Bürger entgegen?

Dieser Frage geht der vorliegende Aufsatz empirisch nach. Denn ein Rückgang des Anteils von „critical citizens“ an der Gesamtbevölkerung wäre bedenklich, werden diese in der Forschung aufgrund ihrer Einstellungen und Verhaltensmuster doch als wichtige „Ressource der Demokratie“ (Geißel 2011; vgl. auch Klingemann 2014, 1999) begriffen. Eine sinkende Zahl kritischer Bürger unter den jungen Bevölkerungsteilen würde die aktuelle Politische Kulturforschung als Schwächung der Demokratie begreifen.

Außerdem wäre es so verwunderlich wie normativ problematisch, wenn die – besonders häufig von kritischen Bürgern praktizierte – unkonventionelle Beteiligung in der Bundesrepublik zunehmend von Älteren geprägt wäre. Eine solche Lage könnte die in der Literatur bereits vielfach identifizierte Krise *traditioneller* Formen der Beteiligung (vgl. u. a. Schäfer und Schön 2013, S. 94; vgl. auch Zürn 2011; Mair 2013; Landwehr et al. 2017) um unkonventionelle Partizipationsformen erweitern und auch die Diskussion über ungleiche Interessenrepräsentation in der deutschen Politik befeuern (vgl. Schäfer et al. 2017).

Um also zu prüfen, ob es einen Rückgang an der Zahl und/oder einen Wandel der politischen Verhaltensmuster von kritischen Bürgern gibt, werden im Folgenden vier Hypothesen empirisch anhand von Daten aus der „German Longitudinal Election Study“ (GLES) untersucht. In der Zusammenschau geben diese Analysen Aufschluss über das politische Engagement von jüngeren im Vergleich zu älteren „critical citizens“.

Der potenzielle zukünftige Mangel an politischer Beteiligung durch „critical citizens“ kann sich entweder aus einem Mangel an jungen kritischen Bürgern speisen und/oder aus einer geringeren Beteiligung jüngerer „critical citizens“. Entsprechend nimmt die erste Hypothese die Verbreitung kritischer Einstellungsmuster in der Bevölkerung in den Blick:

H_1 Der Anteil der „critical citizens“ ist unter den jüngeren Bürgern substanziell niedriger als in den älteren Teilen der Bürgerschaft.

Die zweite Hypothese fokussiert auf die politische Beteiligung der „unzufriedenen Demokraten“ (Klingemann 1999)[2] und formuliert die Erwartung, dass sich der u. a. aus der Wahlforschung bekannte Alterseffekt der Partizipation auch für kritische Bürger nachweisen lässt:

H_2 Jüngere kritische Bürger beteiligen sich insgesamt weniger häufig politisch als ältere „critical citizens“.

[2] Klingemann spricht in diesem Kontext meist von „dissatisfied democrats“, womit jedoch dieselben Bürger gemeint sind, die von Norris (1999, 2011) und anderen als „critical citizens“ bezeichnet werden.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 551

Drittens sind angesichts der intensiven politischen Internetnutzung jüngerer Bürger (vgl. Xenos et al. 2014) verschiedene Muster politischen Engagements in unterschiedlichen Altersgruppen von kritischen Bürgern zu erwarten. Zunächst wird die unkonventionelle Partizipation („offline“) in den Blick genommen:

H_{3a} Jüngere kritische Bürger beteiligen sich seltener unkonventionell „offline“ als ältere „critical citizens“.

Ein kontrastierendes Muster wird jedoch erwartet, wenn es um internetbasierte Formen politischer Beteiligung geht.

H_{3b} Jüngere kritische Bürger greifen häufiger auf politische Beteiligungsangebote im Internet zurück als ältere.

Um diese Hypothesen im wissenschaftlichen Diskurs zu verorten, werden im zweiten Abschnitt des Beitrags zunächst der Stand der Forschung und die Relevanz der Fragestellung erörtert. Hier wird unter Berücksichtigung zentraler Studien der politischen Kulturforschung aufgezeigt, weshalb kritische Bürger als wichtige Ressource der Demokratie gelten können. Darüber hinaus erfolgen in diesem Abschnitt die Darstellung der diesem Beitrag zugrundeliegende Konzeption des kritischen Bürgers (siehe 2.1) sowie des verwendeten Messkonzepts (siehe 2.2). Aufbauend auf den Studien von Klingemann (1999), Norris (1999, 2011) und Geißel (2011) gelten dabei jene Bürger als kritisch, die der Demokratie grundsätzlich positiv gegenüberstehen und die ein Mindestmaß an politischem Selbstvertrauen aufweisen, jedoch unzufrieden sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, ihren zentralen Akteuren und Institutionen. In unserer Konzeption müssen „critical citizens“ daher eine vergleichsweise geringe „external efficacy“ aufweisen, d. h. sie nehmen hinsichtlich der Responsivität des politischen Systems deutliche Defizite wahr und sie müssen insofern kritisch sein, als sie den politischen Institutionen kein blindes Vertrauen entgegenbringen. Und sie müssen als politisch selbstbewusst gelten können, bildet doch das individuelle Selbstbewusstsein das Rückgrat jeglicher öffentlichen Kritikäußerung. Entsprechend sind „critical citizens“ politisch interessiert und halten sich selbst für hinreichend kompetent, um „politische Vorgänge verstehen und durch individuelles politisches Engagement beeinflussen zu können“ (Vetter 1997, S. 53). Daher beinhaltet unser Konzept des kritischen Bürgers ebenfalls die politische Selbstwirksamkeitserwartung („internal political efficacy“; vgl. Beierlein et al. 2012).

Auf der Basis der Auswertung empirischer Daten, die im Zuge des Online-Trackings der GLES erhoben wurden, werden im dritten Abschnitt die Ergebnisse der Analyse präsentiert. Hier wird zunächst aufgezeigt, dass der Anteil der „critical citizens“ in Deutschland zwischen verschiedenen Altersgruppen variiert: Während unter 40-Jährige seltener als kritische Bürger gelten, sind sie unter den 50- bis 59-Jährigen überrepräsentiert. Darüber hinaus werden vergleichend die Intensität und Muster der Nutzung diverser Formen politischer Beteiligung durch junge und ältere „critical citizens“ untersucht. Auch diese Ergebnisse bestätigen die genannte Erwartung: Die Daten belegen, erstens, eine partielle Substitution unkonventioneller For-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 552

men der politischen Beteiligung „offline“ durch entsprechende Angebote im Internet bei den jüngeren Bürgern. Zweitens zeigt sich hinsichtlich der Partizipationswahrscheinlichkeiten insgesamt, dass insbesondere unter den Jüngeren der Unterschied zwischen „critical citizens“ und restlicher Bevölkerung von Belang ist, während sich Ältere im Hinblick auf politische Beteiligung weniger stark unterscheiden. Die Bedeutung einer solchen Entwicklung für die Partizipationsforschung und die Politik wird im Fazit (4. Abschnitt) diskutiert.

2 Die Bedeutung der Partizipation durch kritische Bürger

Die Bewertung der kritischen Bürger, also jener Teile der Bevölkerung, die zwar die Demokratie als Staatsform wertschätzen, die jedoch unzufrieden mit ihrer gegenwärtigen Performanz sind, hat sich in der Politischen Theorie und Kulturforschung grundlegend gewandelt. Nicht nur in der Tradition des Schumpeter’schen Denkens (Schumpeter 2005) wurde Kritik der Bürger am politischen Prozess während der Dauer einer Legislaturperiode lange Zeit als Hindernis für eine sachgemäße, politische Entscheidungsfindung begriffen. Auch Almond und Verba (1989 [1963]) waren der Überzeugung, dass zufriedene, loyale und damit über weite Strecken hinweg passive Bürger ein wichtiger Baustein demokratischer Stabilität sind. Entsprechend erklärten sie in ihrem Standardwerk eine gemischt partizipativ-apathische Kultur (sog. „allegiance model“) zum Ideal moderner Demokratien. Aktuelle Theorien und Studien hingegen betonen den Wert eines über die Wahlbeteiligung deutlich hinausgehenden Engagements der Bürger für die Demokratie (vgl. bspw. Barber 1984; Young 2000; Maus 2011; Sunstein 1988) und messen insbesondere der Steuerung und Artikulation von Kritik durch die Bürgerschaft einen hohen Wert zu (sog. „assertive model“; vgl. Dalton und Welzel 2014; Geißel 2011; Klingemann 2014; Norris 1999). Kritische Bürger werden folglich nicht mehr als potenzielle Bedrohung oder destabilisierender Faktor innerhalb der Demokratie begriffen, sie gelten vielmehr als „Ressource“ (Geißel 2011) der demokratischen Stabilität und Entwicklung, da sie eine Bevölkerungsgruppe darstellen, die in besonderem Maße auf die Qualität der Demokratie achtet.

Diese optimistische Sicht basiert auf einer Konzeption von kritischen Bürgern, die sich in den 1990er-Jahren im Forschungsdiskurs etabliert hat: Hier können sich nur jene Befragte als „critical citizens“ qualifizieren, die – trotz ihrer Unzufriedenheit – zugleich überzeugte Demokraten sind, die also Demokratie auf der normativen Ebene unterstützen, aber performative Defizite wahrnehmen (vgl. Pollack 2006). Kritik ist in diesem Kontext also nie Ausdruck einer grundlegenden Ablehnung demokratischer Institutionen und Prozesse, sondern wird primär an der Performanz der Demokratie und – je nach Konzeption – an einzelnen Aspekten demokratischer Organisation und Entscheidungsfindung geübt. Entsprechend beschreibt Pippa Norris „critical citizens“ als Bürger, „who adhere strongly to democratic values but who find the existing structures of representative government, invented in the 18th and 19th centuries, to be wanting as we approach the end of the millenium“ (Norris 1999, S. 3). Auch Klingemann betont das Moment der Reformorientierung, wenn er konstatiert: „Critical citizens improve the quality of the democratic process“ (Klin-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 553

gemann 2014, S. 116; vgl. auch Hofferbert und Klingemann 2001, S. 371–372). Ihre Neigung zu politischer Partizipation erhöhe den Druck auf politische Eliten und könne somit dazu beitragen, dass demokratische Standards und die Performanz politischer Entscheidungen einem kontinuierlichen Adaptions- und Verbesserungsprozess unterliegen (Klingemann 2014, S. 141; vgl. auch Klingemann 1999, S. 32). Auch wenn diese auf Defizite demokratischer Leistungsfähigkeit hinweisen, belegt die Existenz kritischer Bürger in der zeitgenössischen Demokratie also gemäß Norris und Klingemann nicht primär institutionelle Schwachstellen, sondern dass Bürger demokratische Werte und Normen internalisiert haben. Ein Schrumpfen dieser Bevölkerungsgruppe kann damit als Indiz für eine sinkende demokratische Qualität begriffen werden.

Dass diese Perspektive nicht nur theoretisch plausibel, sondern auch von empirischer Relevanz ist, zeigt u. a. eine Analyse von Brigitte Geißel (2008), die einen positiven Zusammenhang zwischen der kritischen Aufmerksamkeit der Bürgerschaft und „good governance“ in 19 europäischen Demokratien nachweisen kann. Entscheidend dafür, dass die Existenz kritischer Bürger solche positiven Wirkungen entfalten könne, sei jedoch nicht nur deren Kritik *an* der Demokratie, so Geißel, sondern auch ihr Engagement *für* die Demokratie. Nur wenn sie bereit seien, ihren kritischen Einstellungen auch Ausdruck zu verleihen, könnten „critical citizens“ zur Stabilisierung und Vitalisierung der Demokratie beitragen. Zentral sei dabei, neben der politischen Informiertheit und (hypothetischen) Bereitschaft, im Falle problematischer Entwicklungen zu intervenieren (vgl. hierzu Geißel 2011), also die Mitwirkung am demokratischen Prozess, die politische Partizipation.

Erst wenn die Unzufriedenheit mit den Leistungen einer Demokratie – auf konventionellem oder unkonventionellem Weg – politisch artikuliert und möglicherweise sogar Verbesserungen angemahnt oder vorgeschlagen würden, könne ein Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden. Dabei ist die Neigung zu politischer Beteiligung zwar kein notwendiger Bestandteil des „critical citizen“-Konzepts, aber ihre positive demokratietheoretische Bewertung hängt nicht unwesentlich von der beobachtbaren Korrelation von Kritischem-Bürger-Status und Partizipationsneigung ab. Wie vielfältige Studien – unter Verwendung von im Detail variierenden Operationalisierungen des Konzepts kritischer Bürger – aufgezeigt haben, kommen „critical citizens“ dieser Aufgabe im Allgemeinen nach: Zwar gehen sie etwas seltener zur Wahl als die zufriedenen Bürger (Norris 1999, S. 261), sie nutzen jedoch häufiger unkonventionelle Beteiligungsformen; vor allem protestieren sie mit einer höheren individuellen Wahrscheinlichkeit als andere Bürger (vgl. Gille 2006; Sniderman 1981; Dalton 2004, S. 171–177). Angesichts der partizipativen Zurückhaltung jüngerer Alterskohorten, die sich sowohl auf die Nutzung konventioneller wie unkonventioneller etablierter Beteiligungsformen bezieht, könnte der Zusammenhang zwischen Kritik und Beteiligung in der nahen Zukunft jedoch aufbrechen, was erwartungsgemäß negative Auswirkungen auf die Funktionalität und Stabilität von Demokratien hätte. Denn Demokratien sind darauf angewiesen, dass sie nicht nur normative und institutionelle Mindeststandards erfüllen, sondern von den Bürgern auch als leistungsfähig erachtet werden (vgl. Easton 1965; Zürn 2011; Patberg 2013).

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 554

Kritische Bürger sind zwar kein neues Phänomen, jedoch nimmt ihr Anteil an der Bevölkerung im Zuge des Wertewandels im internationalen Vergleich zu (vgl. Dalton 2003). Unter jüngeren Kohorten sind kritische Orientierungen gegenüber demokratischen Institutionen, Akteuren und Prozessen stärker vertreten als bei älteren. Statt Loyalität, Vertrauen und Output-Orientierung finden sich in höherem Maße das Streben nach größtmöglicher Selbstbestimmung, kritische Beobachtung, (friedliche) Partizipationsvielfalt und ein Bedeutungszuwachs von Input-Orientierungen für die Legitimitätsbewertung gesellschaftlicher und politischer Ordnungen (vgl. Dalton und Welzel 2014; Geißel und Kersting 2014; Foa und Mounk 2016).

Im Folgenden soll analysiert werden, wie dieser Zuwachs an kritischen Orientierungen im Zeit- bzw. Generationenverlauf zur angeblichen Engagement- und Protestmüdigkeit der jüngeren Generationen in Deutschland passt. Nehmen der Anteil und die politische Partizipationswahrscheinlichkeit junger „critical citizens“ gegenüber älteren Bevölkerungsgruppen mit vergleichbaren Einstellungen in Deutschland tatsächlich ab – oder wandeln sich vielmehr die Ausdrucksformen, mit denen kritische Bürger ihre Unzufriedenheit artikulieren? Drei Szenarien, die im Einklang mit den beschriebenen Entwicklungen unkonventioneller politischer Beteiligung stehen, können zunächst anhand einer theoretischen Analyse unterschieden werden: Erstens könnte entgegen dem Wertewandeltrend im Generationenvergleich in der Bundesrepublik ein Rückgang an kritischen Bürgern zu konstatieren sein. Zweitens könnten sich zwar hinsichtlich ihrer politischen Werte und Einstellungen viele jüngere Bürger als „critical citizens“ klassifizieren lassen, aber diese Einstellungen fänden keinen Niederschlag im entsprechenden Verhalten, insbesondere in unkonventioneller Partizipationsbereitschaft. Drittens schließlich könnte es sein, dass junge kritische Bürger sowohl in der Bevölkerung vertreten als auch unkonventionell partizipativ aktiv sind, aber vor allem im Online-Bereich.

Welches der Szenarien die größte empirische Plausibilität mit sich bringt, beantworten wir im Folgenden, indem wir die politische Partizipation verschiedener Alterskohorten in Deutschland vergleichend untersuchen. Die Ergebnisse unserer Studie tragen dabei auch der Weiterentwicklung der Möglichkeiten politischer Beteiligung im sog. „digitalen Zeitalter“ Rechnung, indem sie nicht nur die Nutzung konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen „offline“ in die Untersuchung einbeziehen, sondern konstitutiv auch Formen der Online-Beteiligung berücksichtigen.

2.1 Konzeptualisierung

Aufbauend auf Klingemann (1999, 2014), Norris (1999, 2011) und Geißel (2011) nehmen wir eine einstellungsbasierte Konzeption der „critical citizens“ vor. Ihre Konzeptionen stimmen hinsichtlich des Grundverständnisses von kritischen Bürgern als unzufriedene Demokraten überein, obwohl sie sich in konkreten Aspekten der Operationalisierung unterscheiden: So bezieht beispielsweise Norris (1999, 2011) mehrere Indikatoren zum Vertrauen in politische Institutionen und die Bewertung konkreter Amtsinhaber in ihre Untersuchungen ein, während Klingemann (1999, 2014) lediglich auf die Bewertung der generellen Regime-Performanz zurückgreift.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 555

Geißel (2011) ergänzt eine dritte Dimension, indem sie auf die Bedingung der Kritikäußerungsbereitschaft von „critical citizens“ verweist.

Als Konsens zwischen den drei Autoren kann gelten, dass kritische Bürger durch zwei grundlegende Einstellungsmuster gekennzeichnet sind: Erstens bevorzugen sie die Demokratie gegenüber anderen Staatsformen, d. h. sie unterstützen die normativen *Grundwerte der Demokratie*. Zweitens sind sie unzufrieden mit der *Performanz der Demokratie*, in der sie leben. Das heißt, sie bewerten die Leistung zentraler Institutionen der Demokratie – im Rekurs auf Eastons (1965) Drei-Ebenen-Modell der Systemunterstützung ist dies die *Performanz auf dem Regime-Level* – negativ und weisen auch vergleichsweise geringe *Vertrauensniveaus* in politische Institutionen auf.

In der hier entwickelten Konzeption der kritischen Bürger ist außerdem ihre Einschätzung der „external efficacy“ negativ. Das heißt, kritische Bürger nehmen hinsichtlich der Responsivität des politischen Systems und insbesondere der politischen Parteien deutliche Defizite wahr. Diese Ergänzung der etablierten Konzepte von Geißel, Klingemann und Norris trägt nicht nur der demokratietheoretischen Bedeutung von Responsivität Rechnung, sondern adressiert auch empirische Befunde, wonach wachsende Teile der deutschen Bevölkerung hier einen Mangel konstatieren (vgl. u. a. Vetter 2010) und dies ihr politisches Verhalten beeinflusst (Bandura 1982; van Zomeren et al. 2008; Moor 2015).

Die Bewertung der Leistung konkreter Amtsträger bzw. politischer Akteure hingegen spielt für die Identifikation eines kritischen Bürgers keine Rolle, schließlich zielt der Begriff des „critical citizen“ auf überparteiliche und nicht-personalisierte Kritik an der Leistung einer Demokratie. Oppositionsanhänger, welche die gegenwärtige Regierung negativ beurteilen, sind demnach nicht mit kritischen Bürgern gleichzusetzen. Gleiches gilt für die Anhänger populistischer Parteien, die ebenfalls nicht grundsätzlich kritische Bürger sind.

Die Konzeption von Brigitte Geißel (2011) unterscheidet sich von jenen von Klingemann und Norris in einem für die hier vorgestellte Analyse zentralen Aspekt: Neben politischer Unzufriedenheit beschreibt sie auch Kritikbereitschaft als ein konstitutives Merkmal kritischer Bürger. Kritikbereitschaft definiert Geißel als die Befürwortung der Bürgerpflicht, politische Sachverhalte zu beobachten und möglicherweise zu intervenieren (Geißel 2011, S. 20). Eine solche Berücksichtigung der (potenziellen) Handlungsrelevanz kritischer Einstellungen mit Blick auf die demokratische Performanz ist zunächst überzeugend, können „critical citizens“ doch nur dann die in der Literatur immer wieder erwartete positive, gar läuternde Wirkung auf die Demokratie ausüben, wenn diese ihre Unzufriedenheit in irgendeiner Form zum Ausdruck bringen. Andererseits erscheint uns die Annahme einer „Bürgerpflicht“ der kritischen Begleitung des politischen Prozesses als zu weitgehend und zu stark normativ aufgeladen, um als definitorisches Kriterium für eine zeitgemäße Bestimmung kritischer Bürger zu gelten. Auch jenseits liberaldemokratisch-tugendhafter Motive können kritische Bürger schließlich aktiv werden.

Vor diesem Hintergrund fügt unsere Analyse der Konzeption des kritischen Bürgers neben der „external efficacy“ noch eine weitere Dimension hinzu, welche Bezug auf die subjektiv perzipierte, politische Handlungsfähigkeit nimmt: „Critical citizens“ müssen demnach als *politisch selbstbewusst* gelten, d. h. sie sind politisch

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 556

interessiert und halten sich selbst für hinreichend kompetent bzw. selbstwirksam, um Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen zu können („internal efficacy“). Ein kritischer Bürger ohne politisches Selbstbewusstsein ist in dieser Konzeption nicht vorstellbar, vielmehr kann es als Charakteristikum der unzufriedenen Demokraten gelten, dass sie sich selbst als artikulationsfähige, selbstwirksame und politisch interessierte Bürger betrachten.

Diese Setzung erscheint uns angesichts der Reflexions- und Verbesserungsfunktionen, die kritischen Bürgern in zeitgenössischen Demokratien zugeschrieben werden, theoretisch angemessen: Sie basiert auf der Annahme, dass die Artikulation von Kritik (gleich auf welchem Wege) eine typische, wenn auch nicht in jedem Fall zwingende Folge von demokratischen Grundwerten, negativer Performanzbewertung und individuellem Selbstbewusstsein ist. Damit inkludiert unser Konzept des kritischen Bürgers eine handlungsorientierte Dimension, ohne die Analyse zugleich normativ zu überfrachten. Diese Setzung erscheint außerdem analytisch sinnvoll, wenn – wie es im vorliegenden Beitrag der Fall ist – eine vergleichende Evaluation des Handlungsniveaus verschiedener Gruppen von „critical citizens“ vorgenommen werden soll. Ein unmittelbarer Einbezug der Handlungsdimension in das Konzept der kritischen Bürger wäre vor dem Hintergrund unseres Erkenntnisinteresses tautologisch, bildete dann doch das zu erklärende Phänomen – Partizipation – zugleich einen Bestandteil der erklärenden Größe – kritische Bürger.

Um Differenzen zwischen jüngeren und älteren kritischen Bürgern identifizieren zu können, wird in diesem Papier außerdem eine Unterscheidung verschiedener Altersgruppen vorgenommen. Wir unterscheiden sechs Altersgruppen: die unter 30-Jährigen, die 30- bis 39-Jährigen, die 40- bis 49-Jährigen, die 50- bis 59-Jährigen, die 60- bis 69- und die 70- bis 79-Jährigen. Diese Einteilung ermöglicht eine hinreichende Differenzierung zwischen sechs, in etwa gleich große Gruppen von Bürgern, zugleich verzichtet sie auf simplifizierende Grenzziehungen zwischen „jung“ und „alt“.

Neben der einstellungsbasierten Konzeptualisierung der kritischen Bürger und dem Altersgruppenvergleich bezieht die Untersuchung schließlich die faktischen individuellen Partizipationsniveaus ein, indem sie Intensität und Muster der politischen Beteiligung von kritischen Bürgern analysiert. Partizipationsverhalten wird dabei als abhängige Variable aufgefasst und somit als Folge des Status als kritischer Bürger modelliert. Dabei ist einerseits die Fokussierung auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation zentral, da diese von kritischen Bürgern typischerweise überdurchschnittlich häufig genutzt werden. Andererseits ist es mit Blick auf den Altersgruppenvergleich wichtig, neben etablierten konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen auch die Nutzung internetbasierter Partizipationsangebote zu erfassen. Da zu Partizipation im Rekurs auf Barnes und Kaase grundsätzlich alle Tätigkeiten zu rechnen sind, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995, S. 521), erscheint es unter den zeitgenössischen Bedingungen angebracht, auch die Nutzung digitaler Angebote zur politischen Mitwirkung zu erfassen. Schließlich lässt sich aufzeigen, dass auch „online“ das Motiv der Einflussnahme ein gewichtiger Grund für politische Aktivität ist (vgl. Ritzi und Wagner 2016). Die Nutzung politischer Beteiligungsmöglichkeiten im Internet um-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 557

fasst heute eine Reihe relevanter Formen politischer Partizipation und sollte deshalb gleichwertig mit konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen „offline“ in wissenschaftliche Untersuchungen einbezogen werden. Gerade die jüngeren Bürger integrieren Partizipationsangebote im Internet häufig in ihre politische Aktivität und haben auch ein realistisches Bild davon, welchen Einfluss sie über die Online-Partizipation auf die politische Entscheidungsfindung nehmen können (vgl. Kersting 2016a; Ritzi und Wagner 2016).

2.2 Messung

Die Datengrundlage für unseren Vergleich des politischen Engagements von kritischen Bürgern aus verschiedenen Altersgruppen stellt das Langfrist-Online-Tracking T29 der GLES dar. In dieser Online-Umfrage wurden im September 2015 (Feldzeit: 11.09.2015–25.09.2015)[3] genau 1027 in der BRD wahlberechtigte Personen zu ihren politischen Einstellungen, Bewertungen, Handlungen bzw. Handlungsabsichten sowie sozialstrukturellen Hintergrundvariablen befragt.

Um zu ermitteln, ob eine Person als „critical citizen“ charakterisiert werden kann, nutzen wir die im vorherigen Abschnitt begründeten Einstellungsvariablen. Konkret mündet dies in folgende Operationalisierung: „Critical citizens“ müssen als notwendige Bedingungen bestimmte Kriterien erfüllen: Sie müssen Demokraten sein im Sinne der Präferenz für demokratische gegenüber autokratischen Systemen. Sie sind zugleich aber unzufrieden mit der jeweiligen Gegenwartsdemokratie. Diese einfache 4-Felder-Matrix ergänzen wir um „internal efficacy“ und „external efficacy“, politisches Interesse und Vertrauen. Ohne die individuelle politische Kompetenzvermutung und ohne ein Interesse an politischen Inhalten und Prozessen kann ein Bürger nicht als „critical citizen“ gelten. Andererseits ist die Wahrnehmung konkreter Defizite im Politischen wie mangelhafter Responsivität für sie konstitutiv und ein großer Vertrauensvorschuss für politische Institutionen und Akteure ein Ausschlusskriterium. Damit müssen „critical citizens“:

1. Demokraten sein,
2. zu einer negativen Gesamtevaluation bestehend aus Demokratiezufriedenheit, „external efficacy“ und Vertrauen neigen,
3. mindestens mittlere, eher hohe „internal efficacy“ aufweisen und
4. mindestens mittleres, eher hohes politisches Interesse haben.

Die Unterstützung der normativen Grundwerte der Demokratie wurde in dem Survey über die vergleichende Bewertung der Demokratie als Staatsidee erfasst. Die Befragten antworteten auf die Frage: „Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?“. Die Antwortskala umfasste sechs Stufen: 1 = Demokratie ist die schlechteste vorstellbare Staatsidee, bis 6 = Demokratie ist die beste vorstellbare Staatsidee. Als Demokraten identifizieren wir diejenigen Personen, die positiv, d. h. mit den Kategorien vier, fünf oder sechs, antworteten.

[3] Roßteutscher et al. (2015): Langfrist-Online-Tracking, T29 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln: ZA5729 Datenfile Version 1.0.0. https://doi.org/10.4232/1.12368.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 558

Dies sind über 90 %[4] der Befragten. Die verbleibenden zehn Prozent der Befragten sind im hier diskutierten Sinne keine Demokraten und daher, unabhängig von ihren sonstigen Einstellungen, nicht als kritische Bürger anzusehen.

Das für kritische Bürger außerdem konstitutive Moment der Unzufriedenheit wird in unserer Studie über sieben Variablen gemessen. Neben der Demokratiezufriedenheit („Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Antwortkategorien von „1 = sehr zufrieden“ bis „5 = sehr unzufrieden“) verwenden wir das Ausmaß des Vertrauens in das Bundesverfassungsgericht, den Bundestag und die Bundesregierung („Nun werden verschiedene politische Institutionen aufgeführt. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen Institution vertrauen“) sowie in Bundespolitiker („Geben Sie nun bitte an, wie sehr Sie persönlich den Bundespolitikerinnen bzw. Bundespolitikern vertrauen“) – gemessen jeweils auf 11-Punkte-Skalen von „0 = überhaupt nicht“ bis „10 = voll und ganz“. Zusätzlich verwenden wir Kennzahlen zur externen politischen „efficacy“, welche die Wahrnehmung der Befragten zur Frage abbilden, ob Parteien ausschließlich an Wählerstimmen interessiert sind und keinen Kontakt zur Bevölkerung suchen. Damit können wir das perzipierte Maß der Repräsentativität, Responsivität bzw. der Nähe von Parteien und Politikern zur Bevölkerung abbilden.[5] Alle sieben Variablen lassen sich faktorenanalytisch auf einen dahinterliegenden latenten Faktor zurückführen. Der Vorteil dieser Vorgehensweise gegenüber einfachen summarischen Verfahren oder der Mittelwertbildung liegt auf der Hand: Nehmen diese doch an, dass alle verwendeten Variablen gleichermaßen relevant und (gleichermaßen) unabhängig voneinander sind – Annahmen, die sich nur schwer theoretisch rechtfertigen lassen.[6] Da hinsichtlich eines solchen Faktors keine qualitativen Aussagen zu konzeptuell angemessenen Grenzwerten getroffen werden können, verwenden wir den Mittelwert: Nur Personen mit unter dem Durchschnitt liegender Bewertung gelten dann als kritische Bürger.

Der dritte Bereich des Konzepts eines kritischen Bürgers ist das Interesse an politischen Fragen[7], und der vierte das Konzept der politischen Selbstwirksamkeitserwartung („internal efficacy“). Zur Messung dieses psychologischen Konzepts wurde das Mittel aus folgenden zwei Fragen gebildet: 1. „Politische Fragen sind für mich

[4] Für jegliche Analysen wurde eine Surveygewichtung nach sozial-/regionalstrukturellen Gesichtspunkten vorgenommen, die die Randverteilung hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildung, BIK-Regionsgrößenklassen und Zugehörigkeit zu West- bzw. Ostdeutschland (inkl. Berlin) entsprechend dem Mikrozensus 2012 anpassen, um die Sampling-Effekte möglichst gering zu halten.

[5] Im Wortlaut: „Hier ist eine Reihe von häufig gehörten Meinungen über die Politik und die Gesellschaft. Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, inwieweit Sie diese zutreffend oder nicht zutreffend finden.

- Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- Die Politikerinnen und Politiker kümmern sich nicht um den Kontakt zur Bevölkerung“.

Die Antwortkategorien reichten von 1, trifft überhaupt nicht zu, bis 5, trifft voll und ganz zu.

[6] Die Hauptkomponentenanalyse ergibt nur einen Komponenten mit einem Eigenwert über eins (4,38), welche knapp zwei Drittel der Varianz bindet (bei Ladungen zwischen 0,30 und 0,43). Ausgangspunkt der Hauptkomponentenanalyse war aufgrund der Skalierungsniveaus eine Spearman-Korrelationsmatrix der sieben Variablen.

[7] Das politische Interesse wird über die Standardfrage „Wie stark interessieren Sie sich im Allgemeinen für Politik?“ mit den fünf Antwortkategorien von 1(= sehr stark) bis 5(= überhaupt nicht) abgebildet.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 559

oft schwer zu verstehen“ und 2. „Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll“, wobei die Antwortmöglichkeiten jeweils von 1, trifft überhaupt nicht zu, bis 5, trifft voll und ganz zu, reichten.

Erfüllt eine Person die vier notwendigen Bedingungen – eine Präferenz für demokratische Regime, eine negative Gesamtevaluation politischer Institutionen, Akteure und der Gegenwartsdemokratie, überdurchschnittliches politisches Interesse sowie ebenfalls über dem Mittelwert liegende, individuell perzipierte politische Kompetenz – verstehen wir sie als kritischen Bürger.

3 Ergebnisse

Insgesamt fallen in der vorliegenden Umfrage der vorgeschlagenen Operationalisierung zufolge 18 % der Befragten in die Kategorie der „critical citizens“. Der Anteil der kritischen Bürger in der deutschen Bevölkerung ist also nennenswert, was die These einer besonderen Relevanz dieser Bevölkerungsgruppe für die Demokratie untermauert.

Im Folgenden wird – zunächst anhand deskriptiver Auswertungen der Daten – eine nähere Beschreibung der kritischen Bürger vorgelegt, welche relevante Einstellungs- und Verhaltensmuster dieser Bevölkerungsgruppe aufzeigt (Abschn. 3.1). Darauf aufbauend wird mittels eines multivariaten logistischen Regressionsmodells untersucht, ob gemäß der zu Anfang entwickelten Hypothesen tatsächlich von einer größeren Partizipationsabstinenz jüngerer kritischer Bürger im Vergleich zu älteren „critical citizens“ ausgegangen werden kann (Abschn. 3.2).

3.1 Kritische Bürger in der BRD – deskriptive Analysen

Die Schaubilder in Abb. 1 geben zunächst einen Überblick über zentrale Charakteristika kritischer Bürger in Deutschland.

Zwar lassen sich Unterschiede im Anteil kritischer Bürger nach Bildung, Geschlecht und Alter finden, jedoch erreicht nur der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen sowie zwischen den 50- bis 59-Jährigen und den unter 30- bzw. 40-Jährigen die übliche statistische Signifikanzgrenze (Irrtumswahrscheinlichkeit von unter fünf Prozent). In den neuen Bundesländern liegt der Anteil kritischer Bürger bei 23 %, in den alten Bundesländern dagegen nur bei 16 %. Der Unterschied zwischen den unteren beiden Altersgruppen und den 70- bis 79-Jährigen erlaubt dagegen aufgrund der geringeren Fallzahl in dieser Gruppe keine belastbaren Aussagen. Damit gilt auf der Ebene der Häufigkeitsverteilungen nicht generell, dass Jüngere seltener kritische Bürger sind als ältere Bürger, womit die erste Hypothese nicht komplett bestätigt werden kann. Auf Grundlage einer Querschnittsbefragung lassen sich selbstredend Alters-, Kohorten- und Periodeneffekte nicht angemessen differenzieren. Jedoch kann auf der Basis dieser Daten auch nicht bestätigt werden, dass der Anteil der kritischen Bürger unter den jüngeren Bevölkerungsmitgliedern im Sinken begriffen ist. Stattdessen zeigt sich, dass die 50- bis 59-Jährigen, die während der sogenannten Wirtschaftswunder-Jahre der Bundesrepublik geboren wurden, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit dieser Gruppe zugehören.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 560

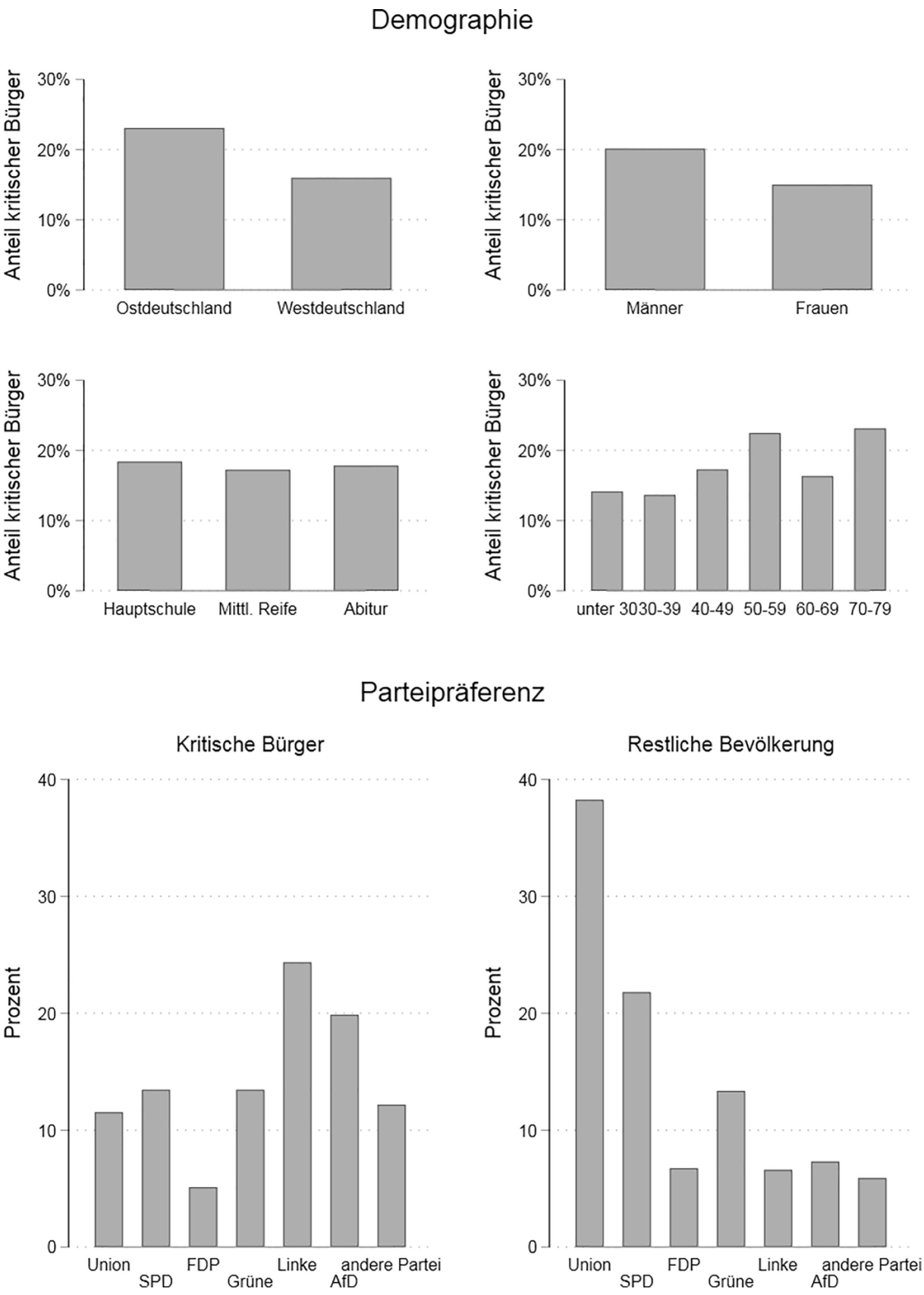

Abbildung 1: Kritische Bürger nach soziodemografischen Charakteristika und Parteipräferenz. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 561

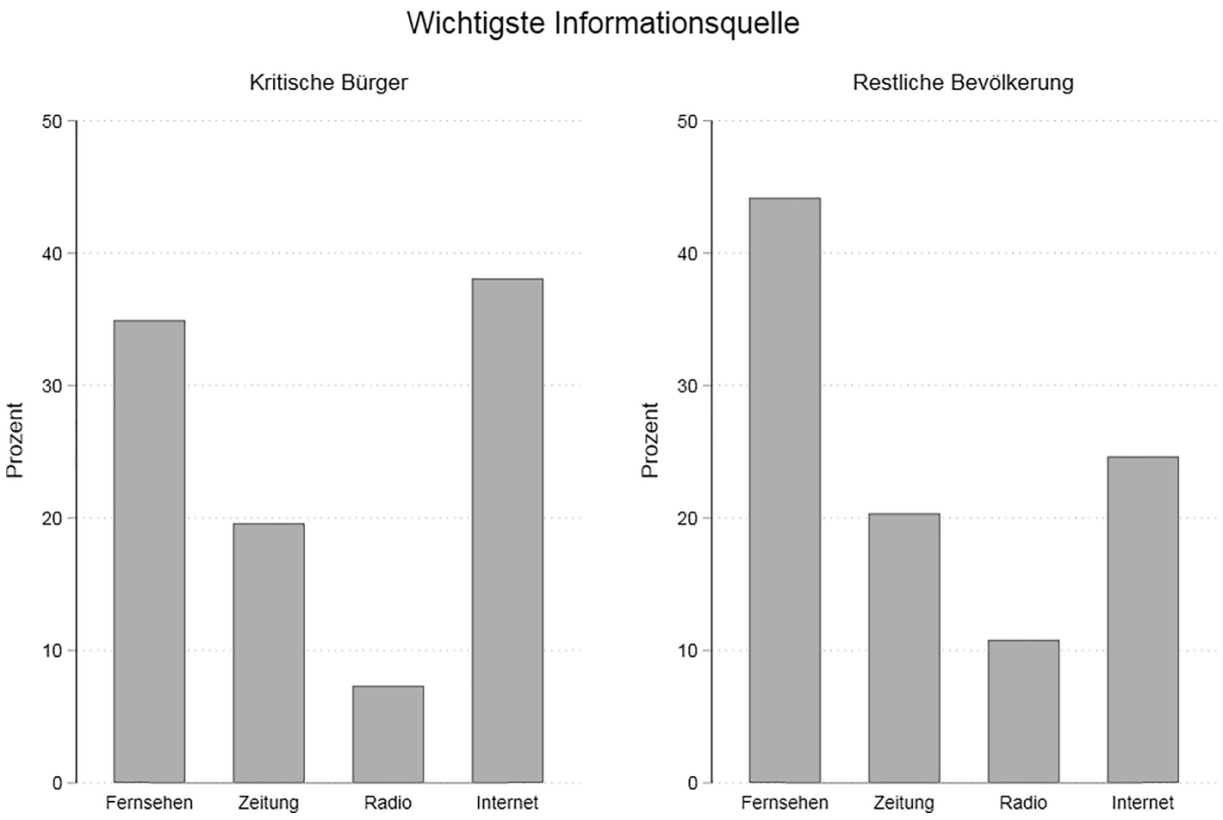

Abbildung 2: Die politische Mediennutzung kritischer Bürger. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)

Im Hinblick auf die Parteipräferenzen – gemessen über die Wahlabsicht (Zweitstimme) – sind das vergleichsweise schwache Abschneiden der Volksparteien unter den kritischen Bürgern und die Stärke der Partei „Die Linke“ sowie der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hervorzuheben. Während 25 bzw. 20 % der kritischen Bürger diese beiden polaren Akteure des bundesdeutschen Parteiensystems präferieren, sind es in der restlichen Bevölkerung jeweils weniger als zehn Prozent. Vor dem Hintergrund des in Teilen und zwischen beiden Parteien fraglos unterschiedlich stark ausgeprägten populistischen Kurses muss ihre Attraktivität für der Gegenwartsdemokratie kritisch gegenüberstehende Bürger nicht überraschen (vgl. die Ergebnisse bei Lewandowsky et al. 2016).

Wenn – wie im Folgenden – die Auswirkungen des „digital turns“ auf das Partizipationsverhalten analysiert werden sollen, ist ein Blick auf die politische Mediennutzung relevant. Der Vergleich zwischen kritischen Bürgern und anderen Bevölkerungsmitgliedern belegt dabei Unterschiede in den Nutzungsmustern:[8] Kritische Bürger beziehen deutlich weniger Informationen über das Fernsehen als die anderen Bürger, dafür greifen sie besonders intensiv auf das Internet zurück, um Informationen über Politik oder die Parteien zu erlangen. Hier deutet sich also eine besondere Affinität der „critical citizens“ zum Internet an, dessen Informationsangebote sich unter anderem durch Diversität, Schnelligkeit und die Möglichkeit zu unmittelbarem Feedback auszeichnen. Entsprechend unserer Hypothese 3b weist dieses Ergebnis

[8] Gemessen als Antworten auf die Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man sich über das aktuelle politische Geschehen in Deutschland informieren kann. Woher bekommen Sie die meisten Informationen über die Politik oder die Parteien?“.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 562

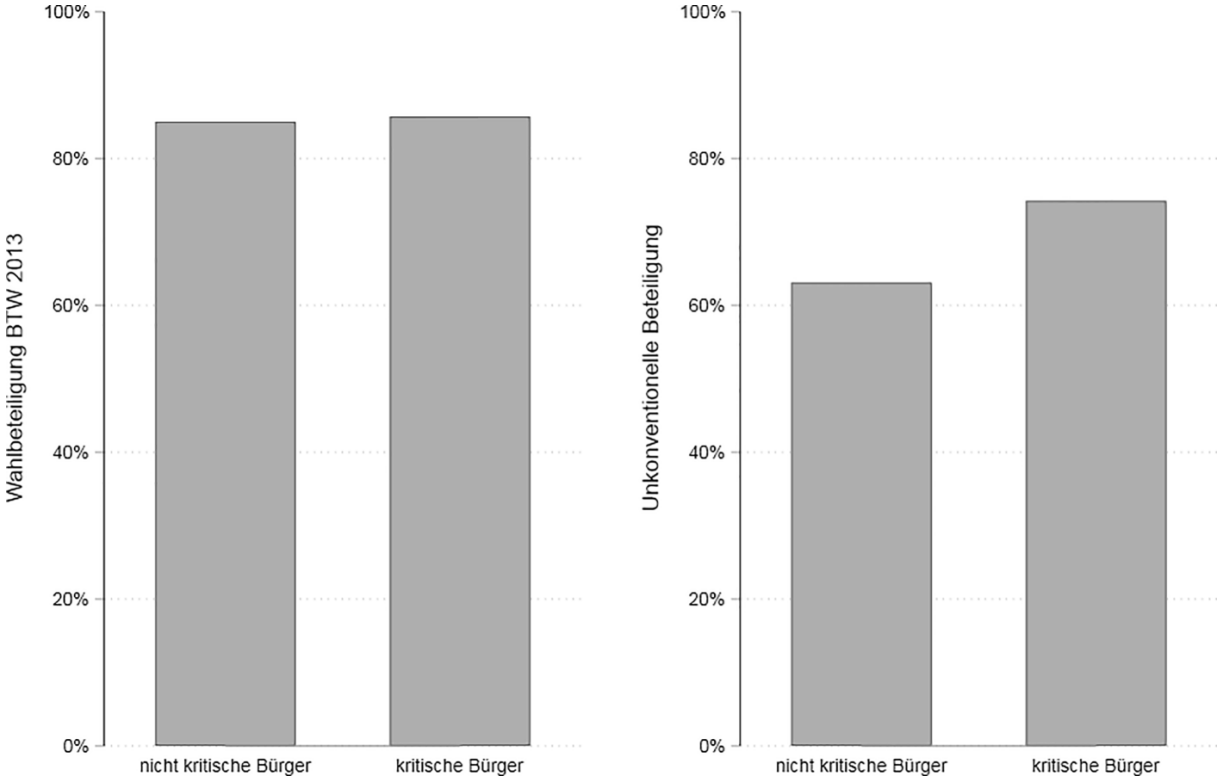

Abbildung 3: Politische Beteiligung. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)

darauf hin, dass politische Partizipationsangebote „online“ für kritische Bürger von besonderer Bedeutung sein könnten (Abb. 2).

Im Folgenden wenden wir uns den Arten und den Häufigkeiten politischer Partizipation seitens der kritischen Bürger zu. Im Rekurs auf den von Samuel H. Barnes und Max Kaase etablierten Partizipationsbegriff zählen hierzu alle Tätigkeiten, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995, S. 521). Wie Ritzi und Wagner (2016) zeigen, trifft diese Aussage fast gleichermaßen auf drei Formen politischer Partizipation zu: (1) die sog. konventionelle Beteiligung, also die gesetzlich garantierten, geregelten und etablierten Formen der Mitwirkung der Bürger am politischen Prozess, die in Deutschland ausschließlich „offline“ stattfindet, (2) die unkonventionelle Beteiligung „offline“, wozu in der Literatur vor allem verschiedene Formen des Protestes gezählt werden und (3) die unkonventionelle Beteiligung „online“, die in Folge der Etablierung neuer Technologien wie dem Web 2.0 seit einigen Jahren an Bedeutung gewinnt. Entsprechend wurden alle drei Beteiligungsformen in unserer Studie untersucht.

Zur Erhebung der konventionellen Beteiligung wurde gefragt, ob die Survey-Teilnehmer sich an der Bundestagswahl 2013 beteiligt haben – Wahlen, insbesondere auf der Bundesebene, stellen noch immer das am weitesten verbreitete konventionelle Partizipationsinstrument der Bürger dar. Das individuelle Niveau unkonventioneller Beteiligung „offline“ wurde über folgende Fragestellung erhoben: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in der Gesellschaft zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendeine der folgenden Aktivitäten unternommen?“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten „In einer Bürgerinitiative mitgearbeitet (außerhalb

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 563

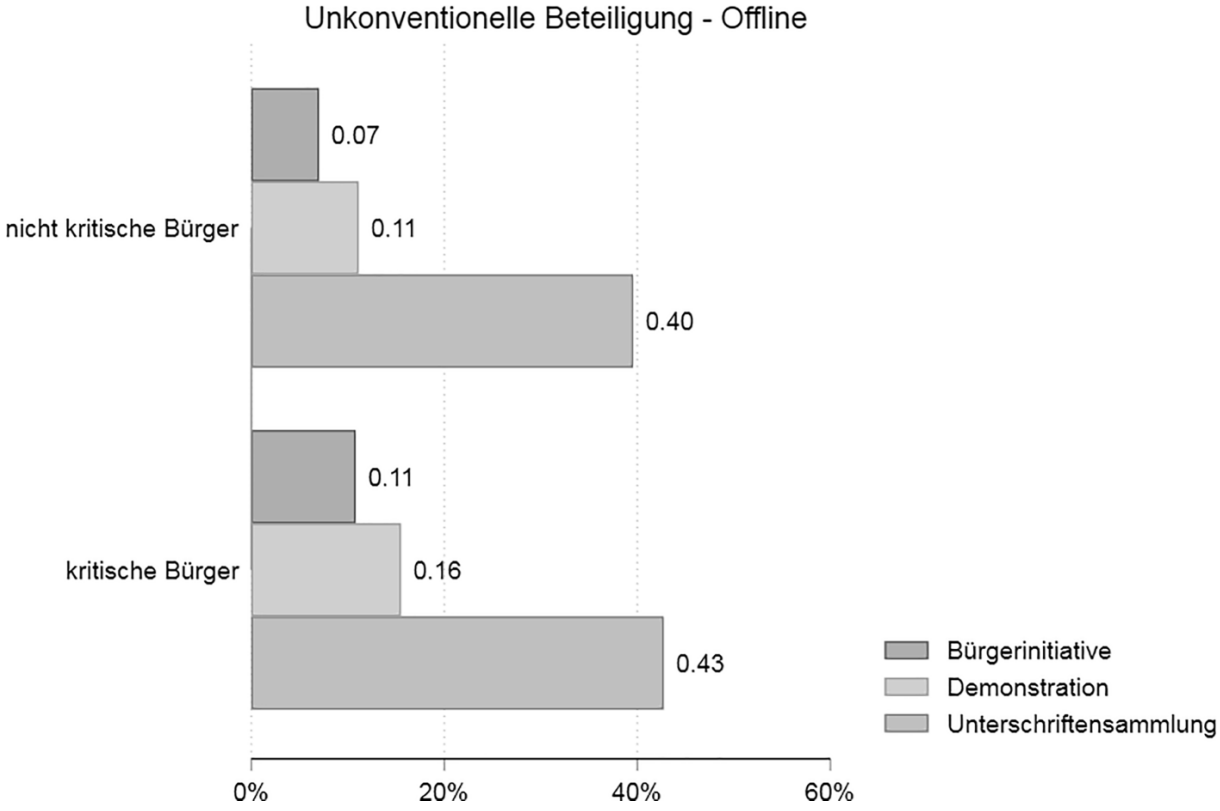

Abbildung 4: Unkonventionelle Beteiligung – „offline“. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)

des Internets)“, „An einer Unterschriftensammlung teilgenommen, also unterschrieben (außerhalb des Internets)“, und „An einer Demonstration teilgenommen“. Um die unkonventionelle Beteiligung „online“ zu messen, wurden die Respondenten gefragt, welche Möglichkeiten, im Netz politisch aktiv zu sein, sie im letzten Jahr genutzt haben. Fünf Antwort-Items standen zur Verfügung, wobei natürlich wiederum Mehrfachnennungen möglich waren: „Politische Beiträge geschrieben oder kommentiert z. B. auf Facebook, Twitter oder per E-Mail“, „Politische Beiträge weitergeleitet oder geteilt, z. B. über Facebook, Twitter oder Email“, „Bei politischen Beiträgen in Sozialen Netzwerken ‚Gefällt mir‘ angeklickt“, „An Unterschriftenaktionen im Internet beteiligt“, „Bürgerbeteiligungs-Plattformen von staatlichen Stellen im Internet genutzt (Bürgerhaushalte, Liquid-Democracy-Foren o. ä.)“.

Die Ergebnisse dieser Fragen zeigen Folgendes (vgl. Abb. 3 und 4): Kritische Bürger beteiligen sich nicht in höherem Maße an Wahlen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Die Unzufriedenheit mit dem Zustand des demokratischen Systems und seiner Institutionen führt in Kombination mit dem politischen Interesse und der selbstwahrgenommenen Kompetenz vielmehr dazu, dass sie von konventionellen Partizipationsmöglichen in gleichem Umfang Gebrauch machen wie zufriedene Bürger (vgl. ähnlich Norris 2011). Etwas deutlicher ist jedoch die Differenz der Beteiligungsniveaus in der unkonventionellen Beteiligung, die bei über 10 Prozentpunkten (statistisch signifikant, $p < 0{,}05$) liegt: Kritische Bürger nutzen mit 74-prozentiger Wahrscheinlichkeit unkonventionelle Partizipationskanäle, die restliche Bevölkerung mit 63 %. Es ist also vor allem dieser Bereich der Partizipationslandschaft, in welchem sie sich als besondere „Ressource der Demokratie“ (Geißel 2011) erweisen.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 564

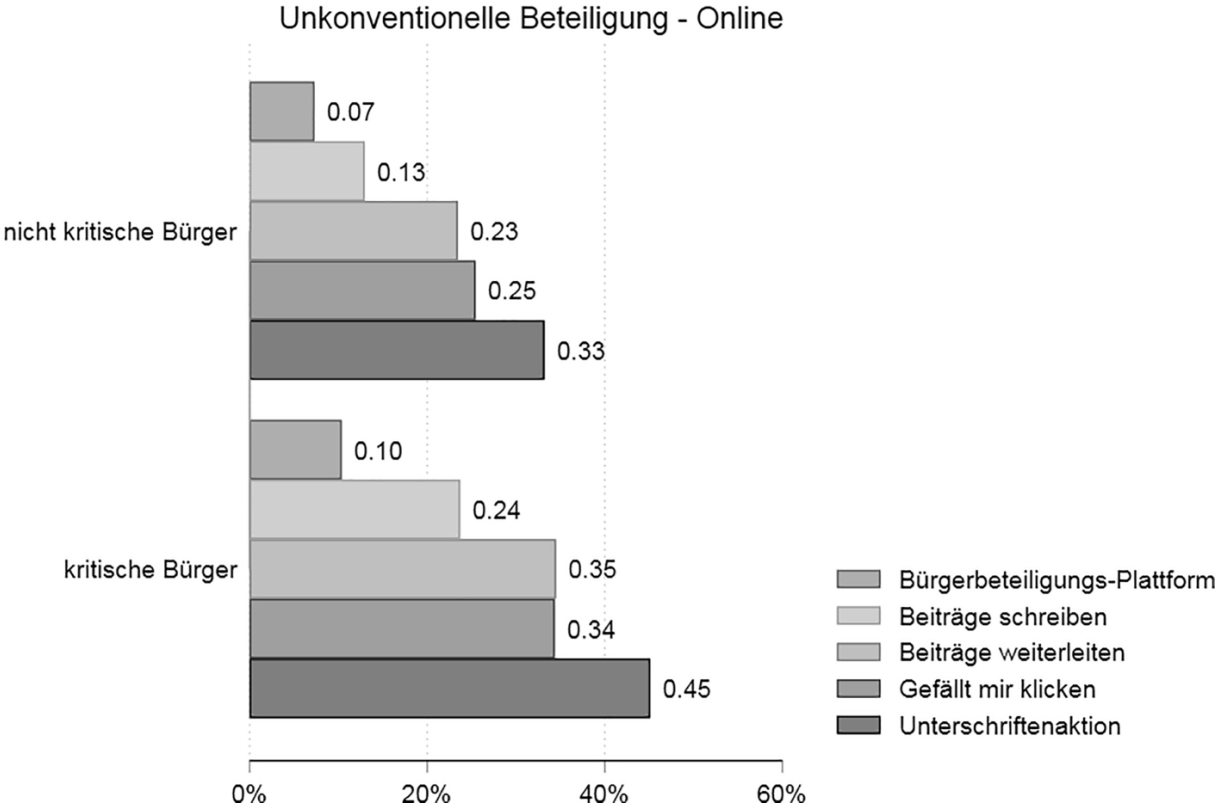

Abbildung 5: Unkonventionelle Beteiligung – „online". Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)

Eine nähere Aufschlüsselung verschiedener Formen unkonventioneller Beteiligung zeigt jedoch ein interessantes Ergebnis (vgl. Abb. 4 und 5): Das Verhalten von „critical citizens" unterscheidet sich primär in der sogenannten digitalen Welt von jenem anderer Bürger. „Offline" sind die Unterschiede hingegen gering, mit 16 % beteiligen sich die kritischen Bürger hier lediglich in der Teilnahme an Demonstrationen etwas mehr als andere Bevölkerungsteile (allerdings erreicht dieser Unterschied nicht die üblichen statistischen Signifikanzgrenzen). Beim Engagement in Bürgerinitiativen und bei der Zeichnung von Unterschriftenaktionen sind die Differenzen marginal. Anders sieht dies „online" aus: In vier der fünf Antwortkategorien liegen die Werte der „critical citizens" über jenen der anderen Bürger. Dazu zählen Partizipationsformen, die mit einem sehr geringen Ressourcenaufwand zu betreiben sind, also das Klicken von „Gefällt mir" in sozialen Netzwerken und das Unterzeichnen von Online-Unterschriftenaktionen, aber auch das aufwendigere Schreiben eigener Beiträge, in welchen die kritischen Bürger deutlich aktiver sind (jeweils etwa 10 Prozentpunkte mehr Beteiligung als die anderen Befragten).

3.2 Alterseffekte in der Partizipation von „critical citizens" – multivariate Analysen

Um die Hypothesen 2 und 3a sowie 3b zu testen, wurden im letzten Analyseschritt drei multivariate logistische Regressionsmodelle geschätzt, in welchen die Nutzung der jeweiligen Partizipationsarten auf die Klassifikation als kritischer Bürger, das Alter und die Interaktion aus beiden Faktoren zurückgeführt wird. Die abhängigen Variablen bilden jeweils die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 (Mo-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 565

dell 1), Teilnahme an einer unkonventionellen Partizipationsart „offline“ (Modell 2) sowie die Online-Beteiligung (Modell 3); von besonderem Interesse ist in unserem x-zentrierten Ansatz (vgl. Ganghof 2005), nach welchem wir nicht in erster Linie darauf abzielen, die Varianzen der abhängigen (Y-)Variablen möglichst umfassend zu erklären, sondern den Effekt spezifischer unabhängiger Variablen zu untersuchen, das Zusammenspiel von kritischem Bürger-Status und dem Alter.

Demnach klären wir im Folgenden entsprechend der oben präsentierten Hypothesen, wie häufig jüngere im Vergleich zu älteren „critical citizens“ und im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen – nach Kontrolle auf relevante Kovariate – (a) zur Wahl gehen, (b) im Offline-Bereich politisch partizipieren und (c) im Online-Bereich politisch partizipieren.

Um diesen Effekt zu isolieren, ist es notwendig, auf andere Faktoren zu kontrollieren, die ebenfalls einen Einfluss auf Partizipationswahrscheinlichkeiten ausüben. Es existiert kein etabliertes Kernmodell zur Erklärung von politischer Partizipation, vielmehr stehen verschiedene Erklärungsansätze nebeneinander. Zentral sind der Rational-Choice-Ansatz mit seinem Fokus auf Kosten-Nutzen-Relationen, der Ressourcenansatz, der auf den sozio-ökonomischen Status der Bürger und deren politisches Wissen abhebt, der Mobilisierungsansatz, durch den politische Kampagnen in den Blick geraten, einen im engeren Sinn soziologischen Ansatz, der sich auf habituelle Faktoren und die Sozialisation einer Person konzentriert, sowie der (sozial-)psychologische Ansatz, der Einstellungen und Prädispositionen wie politisches Interesse oder die Nähe zu Parteien in den Mittelpunkt rückt (vgl. Smets und van Ham 2013). In ihrer Meta-Studie identifizieren Smets und van Ham (2013) 176 unterschiedliche erklärende Individualvariablen. Allerdings fanden weniger als fünf Prozent dieser Variablen in mehr als einem Viertel der von ihnen untersuchten Studien Verwendung. In einer solchen Ermangelung eines Kernmodells wurden hier das Geschlecht, die Bildung, das Haushaltseinkommen, der Beschäftigungsstatus, die Parteineigung sowie ein Ost-West-Dummy als Kontrollvariablen einbezogen (vgl. Tab. 1).

Entsprechend der Resultate der multivariaten linearen Regressionen der drei Modelle (vgl. Tab. 2) übt von den Kontrollvariablen nur die Parteineigung einen statistisch belastbaren Effekt auf alle drei Beteiligungsarten aus. Wie die Ergebnisse der ersten beiden Modelle zeigen, gehen Ostdeutsche – bei Konstanthalten aller anderen Variablen – eher zur Wahl und neigen auch in stärkerem Maße zu unkonventioneller Offline-Beteiligung. Die Wahlbeteiligungschance wird darüber hinaus von höheren Bildungsabschlüssen positiv beeinflusst, während für die unkonventionelle Online-Beteiligung auch das Haushaltseinkommen sowie das Geschlecht einer Person von Belang sind.

Für die Beurteilung der Hypothesen 2 und 3a bzw. 3b zu den potenziell unterschiedlichen Partizipationsmustern kritischer Bürger je nach Alter gilt es, die multiplikative Interaktion aus beiden Termen zu untersuchen: Ist der Alterseffekt auf die jeweilige Beteiligungswahrscheinlichkeit für kritische Bürger anders als für den Rest der Bevölkerung? Und unterscheiden sich kritische Bürger von anderen Bürgern über das gesamte Altersspektrum hinweg in gleichem Maße? Darüber sind auf Grundlage von Tab. 1 nur schwerlich Aussagen möglich (vgl. Brambor et al. 2006). Daher diskutieren wir nachfolgend die Ergebnisse anhand der marginalen Ef-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 566

Tab. 1 Verwendete Variablen und ihre Operationalisierung

	Variable	Operationalisierung
Zu erklärende Variablen	Wahlbeteiligung	Berichtete Wahlteilnahme bei der Bundestagswahl 2013 (1 = 86 %; 0 = 14 %)
	Unkonventionelle Partizipation „offline“	Mindestens eine der o. g. Offline-Partizipationsarten genutzt (1 = 45 %; 0 = 55 %)
	Unkonventionelle Partizipation „online“	Mindestens eine der o. g. Online-Partizipationsarten genutzt (1 = 49 %; 0 = 51 %)
Erklärende Variablen	Alter	In Jahren (Mittelwert: 50 Jahre)
	Kritische Bürger	Demokraten mit negativer Gesamtevaluation, mit mindestens mittlerer, eher hoher „internal efficacy“ und mindestens mittlerem, eher hohem politischen Interesse* (1 = 18 %, 0 = 82 %)
	Geschlecht	0 = männlich (49 %); 1 = weiblich (51 %)
	Ost–West	0 = Ost (21 %); 1 = West (79 %)
	Schulabschluss	Einfacher Abschluss: kein Abschluss/Hauptschulabschluss ohne Lehre/Ausbildung (7,5 %);
		Mittlerer Abschluss: Haupt- oder Realschulabschluss mit Lehre/Ausbildung (64 %);
		Höherer Abschluss: (Fach-)Hochschulreife oder Schüler (29 %)
	Haushaltseinkommen	4 Gruppen: Unter 1500 € (22 %); 1500 bis unter 2500 € (32 %); 2500 bis unter 4000 € (32 %); 4000 € und mehr (14 %)
	Berufstätigkeit	Hausmänner und -frauen und Arbeitslose versus Voll- oder Teilzeitberufstätige, in Lehre oder Studium (0 = 39 %; 1 = 61 %)
	Parteineigung	Positive Antwort auf die Frage: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu?“ (0 = 52 %; 1 = 48 %)

* In Analysen zur Robustheit der Ergebnisse wurden nacheinander (a) die „internal efficacy“ und (b) das politische Interesse bei der Ermittlung von kritischen Bürgern außen vor gelassen. Zudem wurde die Gesamtevaluation politischer Institutionen und Akteure ohne (c) die „external efficacy“ ermittelt. Dadurch wurde sichergestellt, dass die Ergebnisse nicht allein von einer Variablen (bzw. im Falle der efficacies von jeweils zwei Variablen) getrieben werden. Die so ermittelten alternativen Maße von „critical citizens“ korrelieren jeweils hochsignifikant ($p < 0{,}001$) mit dem Originalmaß: ohne „internal efficacy“ $r = 0{,}75$; ohne politisches Interesse $r = 0{,}92$; ohne „external efficacy“ $r = 0{,}87$.

fekte für die Wahlbeteiligung (Abb. 6) sowie die unkonventionelle Offline- (Abb. 7) wie Online-Partizipation (Abb. 8).

Abb. 6 stellt, basierend auf den Ergebnissen von Modell 1, den konditionalen Effekt über den relevanten Altersrahmen von 20 bis 80 Jahre hinweg dar: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung (y-Achse) je nach Alter einer Person (x-Achse) für „critical citizens“ (durchgezogene Linie) und den Rest der Bevölkerung (gestrichelte Linie)? Letztere belegt ein höheres Wahlbeteiligungs-Engagement der Älteren im Vergleich zu den Jüngeren. Die durchgezogene Linie, die die Wahlwahrscheinlichkeit für die „critical citizens“ zeigt, verläuft hingegen fast waagerecht, d. h. hier liegen schwächere Alterseffekte vor. Die Überschneidung der jeweiligen Vertrauensintervalle bestätigt allerdings das Ergebnis des bivariaten Befundes aus

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 567

Tab. 2 Multivariate Erklärungsmodelle politischer Partizipation

	Modell 1 Wahlbeteiligung	Modell 2 Offline-Beteiligung	Modell 3 Online-Beteiligung
Critical citizen	1,952*	0,664	1,579*
	(0,99)	(0,60)	(0,67)
Alter	0,055***	0,016**	–0,012*
	(0,01)	(0,01)	(0,01)
Critical citizen X Alter	–0,041	–0,007	–0,019
	(0,02)	(0,01)	(0,01)
Kontrollvariablen			
Geschlecht	0,055	0,086	–0,528***
	(0,22)	(0,15)	(0,15)
Ost-West	–0,635*	–0,464*	–0,268
	(0,31)	(0,18)	(0,19)
Mittlerer Schulabschluss	1,097**	0,240	–0,206
	(0,37)	(0,34)	(0,33)
Höherer Schulabschluss	1,768***	0,635	0,243
	(0,39)	(0,35)	(0,34)
2. Einkommensgruppe	0,290	0,013	–0,526*
	(0,29)	(0,22)	(0,23)
3. Einkommensgruppe	0,305	0,117	–0,487*
	(0,29)	(0,22)	(0,22)
4. Einkommensgruppe	0,644	0,034	–0,369
	(0,39)	(0,26)	(0,26)
Berufstätigkeit	0,246	0,175	0,162
	(0,25)	(0,18)	(0,17)
Parteineigung	1,226***	0,400*	0,361*
	(0,25)	(0,16)	(0,15)
Konstante	–2,250***	–1,512**	1,615**
	(0,68)	(0,53)	(0,52)
Fallzahl	964	964	964

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015)
Anmerkung: Standardfehler in Klammern; * $p < 0{,}05$, ** $p < 0{,}01$, *** $p < 0{,}001$

Abb. 3, nämlich dass es für die Frage der konventionellen (Wahl-)Beteiligung nicht von Belang ist, ob eine Person als kritischer Bürger zu bezeichnen ist oder nicht. Gleichwohl ist zu erwähnen, dass der Alterseffekt auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme – ältere Bürger wählen häufiger als jüngere – für kritische Bürger nicht besteht, sie gehen unabhängig vom Alter wählen. Dies spricht klar für die normative Relevanz von „critical citizens“ für die Demokratie – bei diesen Personen ist die oft beklagte Alterslücke der Beteiligung nicht existent.

Der zweite konditionale Effekt blickt auf Basis der Ergebnisse des zweiten Modells auf jene Partizipationsart, die von kritischen Bürgern in besonderem Maße genutzt wird: Demonstrationen und andere Formen unkonventioneller Beteiligung jenseits des Internets oder anderer digitaler Technologien (siehe Abb. 7). Wiederum

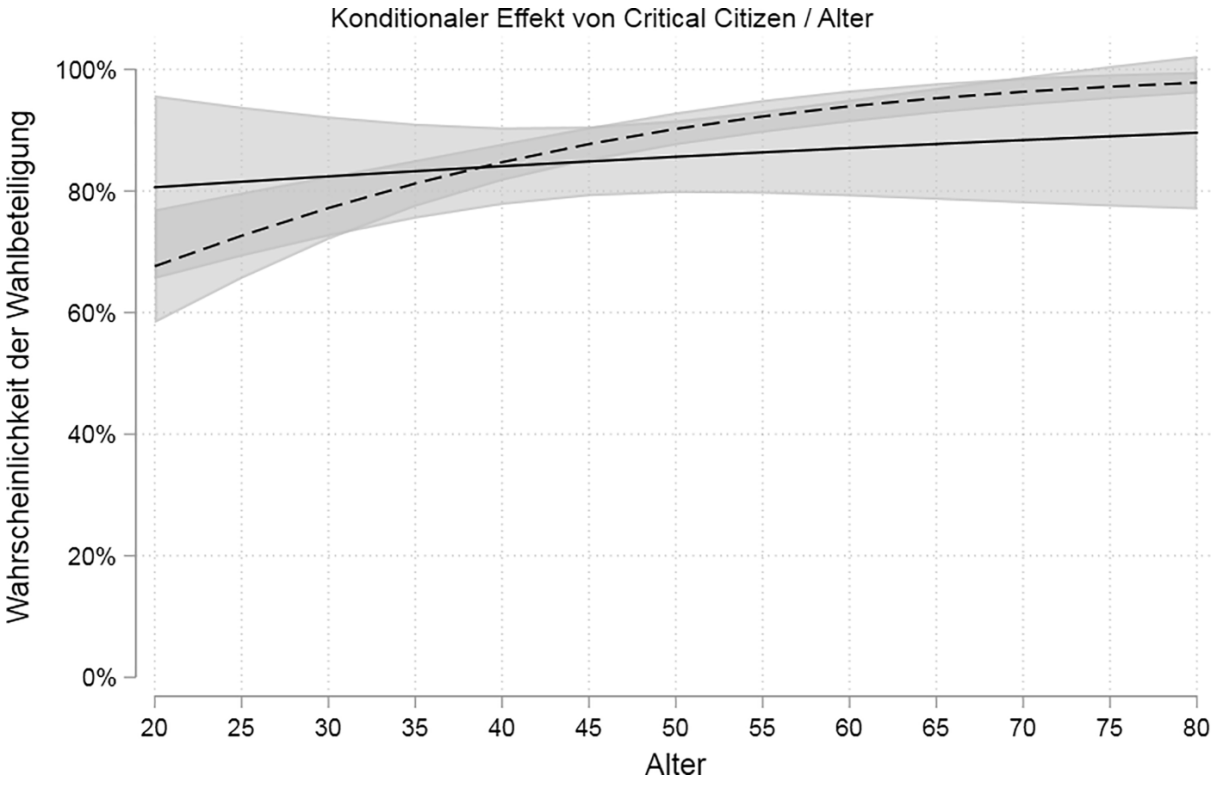

Abbildung 6: Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit für (nicht-)kritische Bürger nach Alter. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015). Anmerkung: *durchgezogene Linie* kritische Bürger;*gestrichelte Linie* restliche Bevölkerung; *schattierter Bereich* 95%-Konfidenzintervalle

findet sich kein statistisch belastbarer Unterschied in der Beteiligungshöhe zwischen den kritischen und den anderen Bürgern. Und wiederum ist ein positiver Alterseffekt zu beobachten, wenngleich sich dieser zwischen den beiden Gruppen kaum unterscheidet. Der Eindruck, dass ältere Bürger eher im analogen Raum unkonventionelle Beteiligungsformen nutzen, ist demnach nicht falsch, aber der Unterschied zu jüngeren Personen ist eher gering und statistisch nicht belastbar, was wenig Evidenz für die Hypothese 3a liefert. Außerdem unterscheiden sich „critical citizens“ hier nur wenig von anderen Bürgern.

Anders verhält es sich hingegen im dritten Beteiligungsbereich, der unkonventionellen Partizipation „online“ (siehe Abildung 8): Hier zeigt sich, erstens, über beide Gruppen hinweg eine deutlich höhere Aktivität von Jüngeren als von Älteren.[9] Zweitens ist die Beteiligungswahrscheinlichkeit kritischer Bürger „online“ auch nach Kontrolle der oben vorgestellten Einflussgrößen sehr viel höher als jene der anderen Bürger. „Critical citizens“ nutzen also innovative Formen unkonventioneller Partizipation vergleichsweise häufig, um ihre politischen Einstellungen und Meinungen auch auf unkonventionelle Weise zu kommunizieren und politischen Einfluss zu

[9] Da die in diesem Beitrag verwendeten Daten aus einer Online-Befragung stammen, sind qua Beteiligungsmodus der Umfrage alle Befragten „online“, obgleich nach „(N)ONLINER Atlas 2016“ nur 80% der 50- bis 59-Jährigen, knapp 70%der 60- bis 69-Jährigen und nur etwa ein Drittel der 70- bis 79-Jährigen „online“ waren, während die unter 40-Jährigen quasi zu 100% das Internet nutzen (https://initiatived21.de/ publikationen/d21-digital-index-2016/). Dies bedeutet, dass hier besonders internet-affine Ältere befragt wurden. Dass sich der Alterstrend in der Online-Partizipation dennoch so deutlich zeigt, spricht für die Robustheit dieser Befunde.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 569

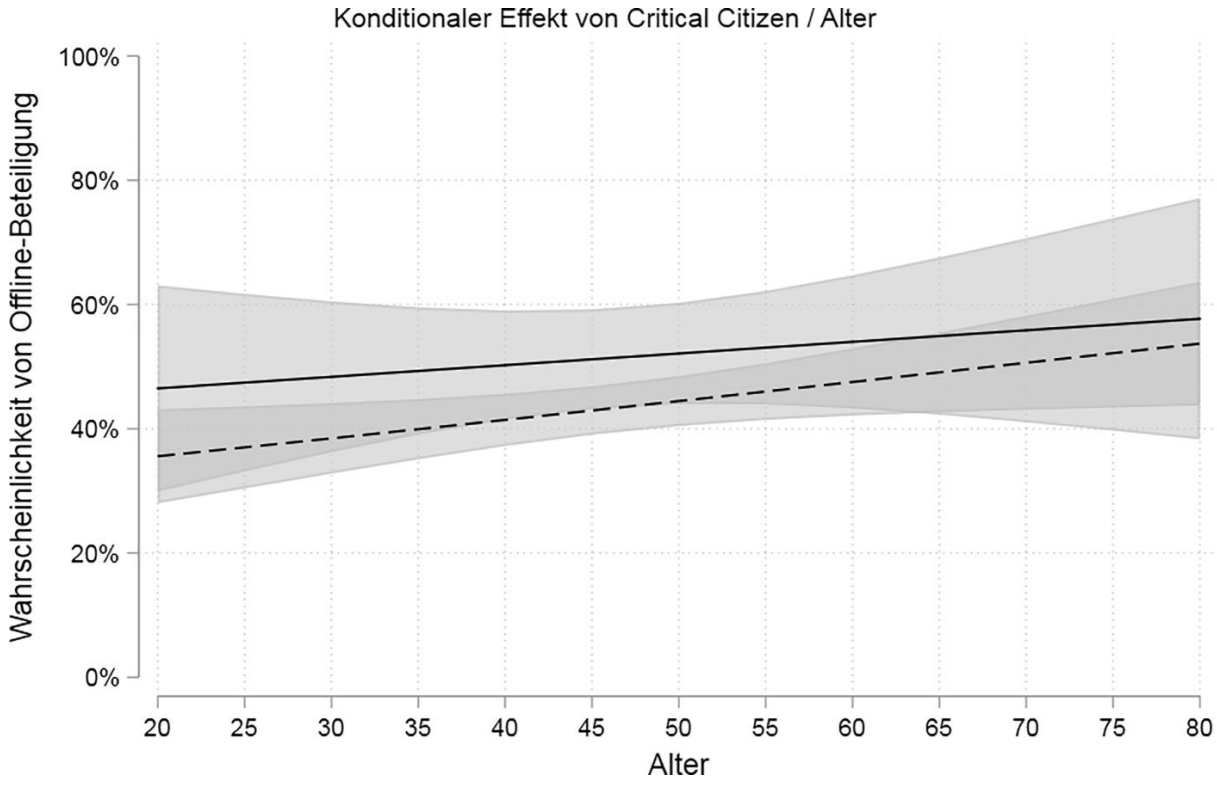

Abbildung 7: Offline-Beteiligungswahrscheinlichkeit für (nicht-)kritische Bürger nach Alter. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015). Anmerkung: *durchgezogene Linie* kritische Bürger, *gestrichelte Linie* restliche Bevölkerung, *schattierter Bereich* 95%-Konfidenzintervalle

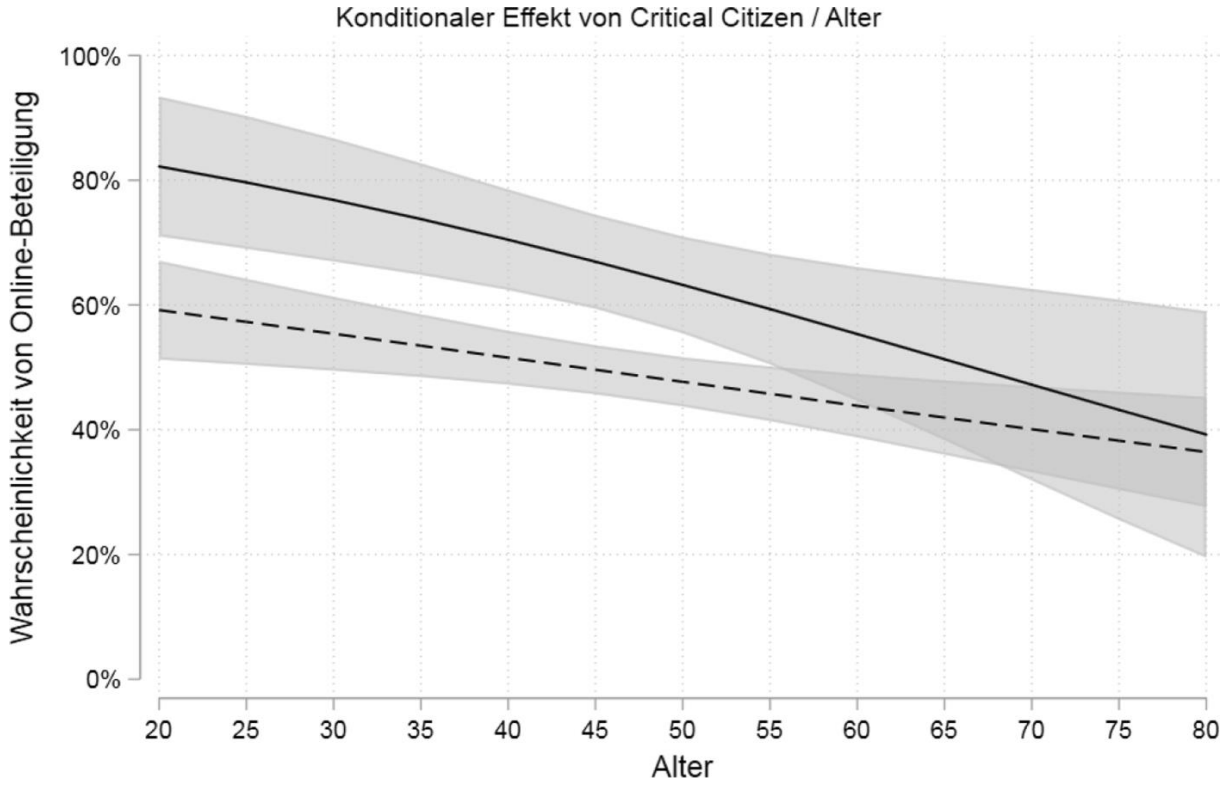

Abbildung 8: Online-Beteiligungswahrscheinlichkeit für (nicht-)kritische Bürger nach Alter. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Roßteutscher et al. (2015). Anmerkung: *durchgezogene Linie* kritische Bürger, *gestrichelte Linie* restliche Bevölkerung, *schattierter Bereich* 95%-Konfidenzintervalle

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 570

nehmen. Drittens zeigt sich ein klarer Alterseffekt: Der genannte Unterschied in der Beteiligungswahrscheinlichkeit besteht nur für kritische Bürger unter etwa 55 Jahren. In höherem Alter unterscheiden sich beide Gruppen – auf deutlich geringerem Niveau – nicht mehr signifikant in ihrer Beteiligungswahrscheinlichkeit. Die Daten sprechen daher für Hypothese 3b. Mit anderen Worten: Bei den Jüngeren macht der Status des „critical citizens" einen Unterschied in der Nutzung unkonventioneller Beteiligungsformen „online". Und die jüngeren kritischen Bürger weisen eine starke Neigung dazu auf, unkonventionelle Partizipation „offline" durch entsprechende Beteiligung im Internet zu substituieren. Das Niveau der unkonventionellen Partizipation insgesamt – also „online" plus „offline" – der verschiedenen Altersgruppen von kritischen Bürgern ist sehr ähnlich.

Wenn man zudem die Wahlbeteiligung berücksichtigt, zeigt dies, dass junge „critical citizens" sich nicht weniger intensiv politisch beteiligen als ältere kritische Bürger. Die zweite Hypothese muss demnach verworfen werden. Das Gegenteil ist der Fall: Während die Daten kaum eine Differenz in der Partizipationswahrscheinlichkeit von älteren kritischen Bürgern und der älteren restlichen Bevölkerung zeigen, beteiligen sich jüngere „critical citizens" klar intensiver als ihre Altersgenossen. Die kritische Einstellung stellt sich bei ihnen als eine verhaltensrelevante Eigenschaft dar, wobei sich die Aktivität von der sogenannten „realen" in die „digitale Welt" verschiebt. Es kommt also zu einer partiellen Substitution der Partizipationskanäle. Insgesamt können wir somit festhalten, dass der Anteil an „critical citizens" unter jüngeren Bürgern (unter 40 Jahren) zwar geringer ist als unter den 50- bis 59-Jährigen, ein linearer, allgemeiner und substanziell sowie statistisch belastbarer Alterseffekt lässt sich daraus aber nicht ableiten (H_1). Insgesamt beteiligen sich jüngere kritische Bürger nicht weniger häufig politisch als ältere (H_2), auch nicht speziell im unkonventionellen Offline-Bereich (H_{3a}). Im Gegenteil greifen jüngere „critical citizens" häufiger auf politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet zurück als ältere kritische Bürger und als (jüngere wie ältere) andere Bürger (H_{3b}).

Von den anfangs beschriebenen Szenarien scheint also das dritte am treffendsten: Kritische Bürger verschwinden nicht aus der politischen Beteiligungslandschaft in Deutschland und auch junge „critical citizens" partizipieren aktiv – wenn auch weit häufiger „online" als dies bei den älteren Bevölkerungsteilen der Fall ist. Insgesamt präsentiert die Analyse des Zusammenspiels von Alter und Einstellungen, die ihre Träger als kritische Bürger ausweisen, damit ein komplexes, spannendes Muster, das gegen Niedergangsszenarien von apathischer und unpolitischer Jugend spricht. Zwar ist der Anteil der kritischen Bürger unter den Älteren etwas höher als bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen, dafür ist die Motivation der jüngeren Kritiker, ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und/oder sich gegen die Missstände zu engagieren, größer.

4 Fazit

Kritische Bürger werden in der zeitgenössischen Demokratieforschung als wichtige „Ressource" (Geißel 2011) der demokratischen Stabilität begriffen. Basierend auf einer hohen Wertschätzung der Demokratie, engagieren sie sich intensiver als der

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 571

Bevölkerungsdurchschnitt politisch und weisen auf Defizite des demokratischen Prozesses hin. Auf diese Weise leisten sie einen Beitrag zur Adaption der Demokratie an aktuelle Rahmenbedingungen und an die Präferenzen ihrer Bürgerschaft.

Ein Rückgang der Zahl und/oder des politischen Engagements kritischer Bürger wäre vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Legitimationsprobleme zeitgenössischer Demokratie (vgl. u. a. Merkel 2016; Kersting 2014) nicht als ein Indiz für eine steigende demokratische Qualität zu werten. Im Gegenteil: Eine solche Entwicklung würde auf eine zunehmende Entpolitisierung hinweisen, auf eine wachsende Distanz zwischen den Bürgern und der Politik. Es ist deshalb ein relevantes Unterfangen, die kritischen Bürger – auch rund zwei Jahrzehnte nach der Etablierung dieses Terminus in der wissenschaftlichen Literatur – in den Blick zu nehmen. In der vorliegenden Studie wurde der Fokus dabei vor allem auf die jüngeren Bevölkerungsteile gerichtet. Es wurde analysiert, ob sich unter den jüngeren Bürgern ebenso viele kritische Bürger finden wie in älteren Kohorten. Und, ob sie in vergleichbarem Maße politisch partizipieren.

Der Analyse wurde eine anspruchsvolle und innovative Konzeption des „critical citizen“ zugrunde gelegt, die das Handlungspotenzial dieser Bevölkerungsgruppe möglichst gut erfasst. Kritische Bürger charakterisieren nach diesem Verständnis – wie in den klassischen Konzepten u. a. von Klingemann (1999, 2014) und Norris (1999, 2011) – zunächst ihre Unterstützung der normativen Grundwerte der Demokratie und die gleichzeitige Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie. Darüber hinaus weisen sie in unserer Konzeptualisierung aber auch ein eher geringes Vertrauen in zentrale politische Institutionen und eine vergleichsweise geringe „external efficacy“ auf, d. h. sie nehmen hinsichtlich der Responsivität des politischen Systems deutliche Defizite wahr. Außerdem müssen sie als politisch selbstbewusst gelten, d. h. sie sind politisch interessiert und halten sich selbst für hinreichend kompetent, um Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen zu können (hohe „internal efficacy“).

Auf der Basis dieser Konzeption konnte die empirische Analyse von Daten aus dem Langfrist-Online-Tracking T29 der GLES zeigen, dass es über alle Altersgruppen hinweg keinen nennenswerten zahlenmäßigen Rückgang der kritischen Bürger gibt. Außerdem wurde belegt, dass sich auch die jungen „unzufriedenen Demokraten“ (Klingemann 1999) durch ein hohes politisches Engagement auszeichnen. Allerdings findet dieses häufig „online“ statt. Klassische unkonventionelle Partizipationsformen (z. B. die Teilnahme an Demonstrationen) werden von den Jüngeren tatsächlich etwas seltener genutzt als von den älteren kritischen Bürgern. Sie erheben ihre Stimmen in anderen Kontexten, z. B. indem sie politische Social-Media-Seiten kommentieren, twittern oder bloggen, als dies die meisten älteren „critical citizens“ tun.

Zentral für die Erfüllung ihrer demokratischen Funktion ist, dass sich die kritischen Bürger Gehör verschaffen. So kann ihre Kritik an das politische System adressiert und dort verarbeitet werden. Auf welchem Wege sie dies tun, ist aus Sicht der politischen Kulturforschung zunächst sekundär. Vor diesem Hintergrund können die hier präsentierten Daten als Entwarnung begriffen werden: Das legitimatorische Potenzial der kritischen Bürger bleibt auch in der jüngeren Generation erhalten. Damit es ausgeschöpft werden kann – und dies ist der kritische Aspekt, den unse-

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 572

re Studie aufzuzeigen vermag –, müssen Politik und Politikwissenschaft gegenüber Online-Partizipation jedoch noch weit aufmerksamer werden, als dies bislang der Fall ist: Angesichts ihrer praktischen Bedeutung für die Beteiligung vor allem junger Bürger müssen Online-Angebote heute systematisch und gleichberechtigt gegenüber Offline-Partizipationskanälen behandelt werden. Im Kontakt zwischen Bürgern und Politik gilt es vor allem, die Wege der gegenseitigen Rezeption neu zu bestimmen. Denn politische Kommunikation findet immer häufiger jenseits der etablierten massenmedialen Formate statt. Für die politikwissenschaftliche Forschung bedeutet der digitale Wandel nicht zuletzt, dass die Online-Partizipation als konstitutiver Teil der Beteiligungslandschaft verstanden und in empirischen Studien entsprechend erfasst werden muss.

Noch immer beschränken sich einige Datenerhebungen zur politischen Beteiligung auf „klassische“ konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen und lassen die Online-Partizipation außen vor. Wie Geißel (2016) darlegt, gilt dies auch für viele Instrumente zur Messung demokratischer Qualität, die vorwiegend oder ausschließlich elektorale Beteiligungsmöglichkeiten erfassen. Ähnlich wie die Erforschung des Wahlverhaltens und der Wahlbeteiligung seit den 1960er-Jahren sukzessive ergänzt wurde, zunächst um weitere konventionelle, später auch um unkonventionelle Partizipationsformen, gilt es heute, die Online-Partizipation als konstitutiven Teil der politischen Beteiligungslandschaft zu erfassen (vgl. Theocharis und van Deth 2018).

Ohne Zweifel weist Partizipation im Internet zwar oft einen anderen Charakter auf, als dies „offline“ der Fall ist: Häufig ist sie mit geringerem zeitlichen Aufwand verbunden, sie bleibt anonym und unverbindlich und entzieht sich vielfach der Parteipolitik. Doch folgt man der etablierten Definition von Barnes und Kaase (1979), wonach alle Tätigkeiten als politische Partizipation zu betrachten sind, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“, so fällt hierunter schon definitorisch manche politische Aktivität im Internet (vgl. Ritzi und Wagner 2016). Entscheidend ist lediglich, dass sie mit der Absicht der Entscheidungsbeeinflussung unternommen wurde. Und auch „offline“ kann – wie van Deth (2007, S. 22) am Beispiel von Protesten gegen einen NATO-Gipfel aufzeigt – „everything be easily turned into participation by the simple expression of intentions of the people involved“.

Relevanter als das definitorische ist jedoch das Validitäts-Argument: Je bedeutender das Internet für das politische Leben wird, desto weniger valide sind Messungen, die politische Aktivität online außen vor lassen. Eine Beschränkung auf konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Beteiligung „offline“ begründet, das verdeutlichen die Analysen in diesem Artikel exemplarisch, einen systematischen „bias“, der die politische Aktivität der älteren Bevölkerungsteile über- und jene der jüngeren Bürger unterschätzt (vgl. auch Kersting 2016a).

Eine solche Verzerrung gilt es ohne Zweifel zu vermeiden, auch wenn hier nicht bestritten werden soll, dass manches Charakteristikum politischer Partizipation „online“ (z. B. die Möglichkeit zur Anonymität) gegen eine vereinfachende Gleichsetzung unkonventioneller Beteiligungsformen im Internet und in der „realen“ Welt spricht. Gerade aufgrund bestehender Ähnlichkeiten und Differenzen liegt in der detaillierten Erforschung von politischen Handlungen und Artikulationen „online“

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 573

und „offline“ ein wichtiges Forschungsfeld begründet, nicht nur in der Auseinandersetzung mit kritischen Bürgern.

Angesichts des aktuellen Erfolgs populistischer Parteien bei Wahlen gilt es außerdem, in weiteren Untersuchungen das Verhältnis zwischen kritischen Bürgern und Populisten näher zu beleuchten. Wie die hier aufgezeigten Daten zum Wahlverhalten der „critical citizens“ belegen, besteht eine Affinität dieser Bevölkerungsgruppe zu populistischen Parteien. Während vor allem die großen Volksparteien, zumindest nach Ansicht von Teilen der Bevölkerung, aktuell nicht dazu in der Lage sind, programmatisch und glaubwürdig auf die Kritik ihrer Bürger zu reagieren, scheint dies populistischen Parteien wie der AfD zu gelingen. Die Gründe dafür aus Sicht der „critical citizens“ sind noch genauer zu analysieren – ebenso wie die Rolle, die der intensive Rückgriff der Populisten auf Online-Medien in diesem Prozess spielt (vgl. Lewandowsky 2015; Vowe 2017). Wird das Internet – ähnlich wie es beispielsweise in Russland der Fall ist – auch in Deutschland zu einer „Arena des Protest[s]“ (Kersting 2016b, S. 110)? Wenn sich ein entsprechender Entwicklungstrend nachweisen ließe, dann wäre zu hoffen, dass kritische Bürger im digitalen Raum eine zentrale Rolle spielen. Denn ihre grundlegende Wertschätzung der Demokratie könnte dann die Grundlage für produktive Auseinandersetzungen mit politischen Problemen legen – und so einen Wandel hin zur von manchen Populisten angestrebten illiberalen Demokratie verhindern (vgl. McCormick 2017).

Danksagung

Wir danken Sascha Kneip und den anonymen Gutachtern der PVS für wertvolle Hinweise zum Manuskript.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1989. *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. First published in 1963. Newbury Park: SAGE.

Bandura, Albert. 1982. Self-efficacy mechanism in human agency. *American Psychologist* 37(2):122–147.

Barber, Benjamin. 1984. *Strong democracy: participatory politics for a new age*. Berkeley: University of California Press.

Barnes, Samuel H., und Max Kaase (Hrsg.). 1979. *Political action: mass participation in five western democracies*. Beverly Hills, London: SAGE.

Beierlein, Constanze, Christoph Kemper, Anastassyia Kovaleva, und Beatrice Rammstedt. 2012. *Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskala (PEKS)*. GESIS-working papers 2012/18.

Brambor, Thomas, William Clark Roberts, und Matt Golder. 2006. Understanding interaction models: improving empirical analysis. *Political Analysis* 14:63–82.

Dalton, Russell J. 2003. Vergleichende Wertewandelforschung. In *Vergleichende Politikwissenschaft*, Hrsg. Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel, 151–166. Opladen: Leske + Budrich.

Dalton, Russell J. 2004. *Democratic challenges, democratic choices: the erosion of political support in advanced industrial democracies. Comparative politics*. New York: Oxford University Press.

Dalton, Russell, und Christian Welzel (Hrsg.). 2014. *The civic culture transformed. From allegiant to assertive citizens*. Cambridge: Cambridge University Press.

van Deth, Jan. 2007. *Creative participation – creative democracy?* 3rd Karlstad Seminar on Studying Political Action. Karlstad. Discussion paper. https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/30286535/Creative_Participation_5-2_%282%29.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1531997897&Signature=vPpFMmQ%2F3qfGisFQ3Nl3ZB9Sbps%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DCreative_Participation_Creative_Democrac.pdf. Zugegriffen: 9. Apr. 2018.

Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.

Foa, Roberto Stefan, und Yascha Mounk. 2016. The democratic disconnect. *Journal of Democracy* 27(3):5–17.
Ganghof, Steffen. 2005. Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns. In *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Hrsg. Sabine Kropp, Michael Minkenberg, 76–93. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Geißel, Brigitte. 2008. Wozu Demokratisierung der Demokratie? – Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Hrsg. Angelika Vetter, 29–48. Wiesbaden: Springer VS.
Geißel, Brigitte. 2011. *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* Frankfurt am Main: Campus.
Geißel, Brigitte. 2016. Should participatory opportunities be a component of democratic quality? The role of citizen views in resolving a conceptual controversy. *International Political Science Review* 37(5):656–665.
Geißel, Brigitte, und Norbert Kersting. 2014. *Zwischen Parteiendemokratie und partizipativen Innovationen – Beteiligungskultur in Deutschland*. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2014.
Gille, Martina (Hrsg.). 2006. Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland: Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Schriften des Deutschen Jugendinstituts, Bd. 3. Wiesbaden: Springer VS.
Göttinger Institut für Demokratieforschung. 2015. Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21. http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf. Zugegriffen: 9. Apr. 2018.
Hofferbert, Richard I., und Hans-Dieter Klingemann. 2001. Democracy and its discontents in post-wall Germany. *International Political Science Review* 22(4):363–378.
Kaase, Max. 1995. Partizipation. In *Wörterbuch Staat und Politik*, Hrsg. Dieter Nohlen, 521–527. München: Piper.
Kersting, Norbert. 2014. Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Hrsg. Kathrin Voss, 53–87. Wiesbaden: Springer VS.
Kersting, Norbert. 2016a. Jugend und politische Partizipation. Online- oder Offline Beteiligung? In *Politische Beteiligung junger Menschen*, Hrsg. Jörg Tremmel, Markus Rutsche, 253–270. Wiesbaden: Springer VS.
Kersting, Norbert. 2016b. Politische Online-Beteiligung im internationalen Vergleich. Eine Revitalisierung politischer Beteiligung? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10:91–113.
Klingemann, Hans-Dieter. 1999. Mapping political support in the 1990s: a global analysis. In *Critical citizens. Global support for democratic governance*, Hrsg. Pippa Norris, 31–56. New York: Oxford University Press.
Klingemann, Hans-Dieter. 2014. Dissatisfied democrats: democratic maturation in old and new democracies. In *The civic culture transformed: from allegiant to assertive citizens*, Hrsg. Russell J. Dalton, Christian Welzel, 116–157. New York: Cambridge University Press.
Kraushaar, Wolfgang. 2011. Protest Der Privilegierten? Oder: Was ist wirklich neu an den Demonstrationen gegen ‚Stuttgart 21'? *Mittelweg* 36(3):5–22.
Kurbjuweit, Dirk. 2010. Der Wutbürger – Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren. *Der Spiegel* 41/2010.
Landwehr, Claudia, Thorsten Faas, und Philipp Harms. 2017. Bröckelt der Verfassungskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. *Leviathan* 45(1):35–54.
Lewandowsky, Marcel. 2015. Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25(1):119–134.
Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler, und Aiko Wagner. 2016. Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57(2):247–275.
Mair, Peter. 2013. *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy.* London: Verso.
Maus, Ingeborg. 2011. *Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
McCormick, John P. 2017. Die aktuelle Krise der Demokratie und der populistische Schmerzensschrei. In *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, Leviathan Sonderband, Bd. 32, Hrsg. Dirk Jörke, Oliver Nachtwey, 41–54. Baden-Baden: Nomos.
Merkel, Wolfgang. 2016. Democracies and their crises reconsidered. *Democratic Theory* 3(1):91–108.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 575

de Moor, Joost. 2016. External Efficacy and Political Participation Revisited: The Role of Perceived Output Structures for State- and Non-State-Oriented Action Forms. *Parliamentary Affairs* 69(3): 642–662.
Norris, Pippa (Hrsg.). 1999. *Critical citizens: global support for democratic government*. New York: Oxford University Press.
Norris, Pippa. 2011. *Democratic deficit: critical citizens revisited*. New York: Cambridge University Press.
Patberg, Markus. 2013. Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung – Eine Replik auf Michael Zürns Gastbeitrag in der PVS 4/2011. *Politische Vierteljahresschrift* 54(1):155–172.
Pollack, Detlef. 2006. Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2006(30–31):3–7.
Ritzi, Claudia, und Aiko Wagner. 2016. Symbolisch oder Echt? Die politische Partizipation junger Erwachsener in Deutschland Online und Offline. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen* 2016(2):304–326.
Roßteutscher, Sigrid, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels, und Christof Wolf. 2015. *Langfrist-Online-Tracking, T29 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln: ZA5729 Datenfile Version 1.0.0*. https://doi.org/10.4232/1.12368.
Rucht, Dieter, Britta Baumgarten, Simon Teune, und Wolfgang Stuppert. 2010. Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18. 10. 2010. https://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt21kurzbericht2010.pdf. Zugegriffen: 10. Nov. 2016.
Schäfer, Armin, und Harald Schön. 2013. Mehr Demokratie, aber nur für Wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. *Leviathan* 41(1):94–120.
Schäfer, Armin, Lea Elsässer, und Svenja Hense. 2017. „Dem Deutschen Volke?“ Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27:161–180.
Schumpeter, Joseph A. 2005. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Francke.
Sniderman, Paul M. 1981. *A question of loyalty*. Berkeley: University of California Press.
Sunstein, Cass R. 1988. Beyond the republican revival. *The Yale Law Journal* 97(8):1539–1590.
Theorcharis, Yannis, und Jan W. van Deth. 2018. The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy. *European Political Science Review* 10(1):139–163.
Vetter, Angelika. 1997. Political Efficacy: Alte und neue Mesmodelle im Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49:53–73.
Vetter, Angelika. 2010. Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998. In *Wirklich ein Volk?*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, und Hans Rattinger, 79–109. Opladen: Leske + Budrich.
Vowe, Gerhard. 2017. Der strukturelle Wandel der Politischen Kommunikation und seine Folgen für Politik. *MedienJournal* 41(2):5–21.
Xenos, Michael, Ariadne Vromen, und Brian D. Loader. 2014. The great equalizer? Patterns of social media use and youth political engagement in three advanced democracies. *Information, Communication & Society* 17(2):151–167.
Young, Iris M. 2000. *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press.
van Zomeren, Martin, Tom Postmes, und Russell Spears. 2008. Toward an integrative social identity model of collective action: A quantitative research synthesis of three socio-psychological perspectives. *Psychological Bulletin* 134(4): 504–535.
Zürn, Michael. 2011. Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. *Politische Vierteljahresschrift* 52(4):603–635.

Ursprünglich erschienen in:
Politische Vierteljahrsschrift 59 (2018), H. 3, S. 576